

Ein herzliches Willkommen...

... zu „No Border lasts forever II“ in Frankfurt am Main, und mit über 250 Anmeldungen scheint diese zweite Konferenz der Antirassistischen Bewegung noch größer und vielfältiger zu werden als die erste im letzten Jahr schon war.

„Seit Jahren zeichnet die antirassistische Bewegung eine beachtliche Kontinuität aus, und das gleichzeitig in lokal verankerten wie auch in transnational vernetzten Projekten. In Frankfurt wurde das Potential spürbar, das in dieser Vielfalt, in der Zusammensetzung, den Kontakten und Querverbindungen liegt.“ Das hatten wir bilanzierend zum ersten „No Border lasts forever“ im Dezember 2010 formuliert, und wir hoffen sehr, dass wir mit der Folgekonferenz an dieser positiven Erfahrung und der guten Atmosphäre anknüpfen können.

Ein erweiterter Vorbereitungskreis hat sich in den letzten Monaten um eine Mischung aus Vorträgen und Inputs, aus Arbeitsgruppen und Worldcafes bemüht. In diesem Reader finden sich vor allem die Beschreibungen der über 20 Workshops sowie einige wenige Artikel, die uns für die Kampagnen und Mobilisierungen der nächsten Zeit als wichtige Ergänzung erscheinen. Wir haben darauf verzichtet, wie im Reader zur ersten Konferenz, die vielfältigen Netzwerke, Projekte und Kampagnen in Kurztexten darzustellen, zumal es diesbezüglich eine neue virtuelle Überblicksplattform gibt. www.kompass.antira.info lautet die Adresse dieses neuen Vernetzungsprojektes, das nicht zufällig aus Diskussionen der ersten Konferenz hervorgegangen ist. An dessen weiterer Ausgestaltung mitzuwirken, diese Plattform zu nutzen, zu verbreiten und lebendig zu halten, sind insbesondere alle KonferenzteilnehmerInnen eingeladen.

„Vision, Vernetzung, Verbreiterung“ lautete unser dreifache (V-) Motto im letzten Jahr, und im Vorbereitungskreis wurde vorgeschlagen, die „Vergesellschaftung“ als Frage der Durchsetzungsstrategien unserer Forderungen als viertes V für die Konferenz 2011 aufzunehmen.

Angesichts der rasanten Umbrüche und Entwicklungen in den vergangenen elf Monaten erscheint das gleichermaßen möglicher und nötiger denn je. Dazu nochmal, was wir in der Einladung geschrieben hatten:

„Wer hätte sich bei der ersten Konferenz im Dezember 2010 vorstellen können, dass kurz darauf der arabischen Frühling beginnen und wenige Monate später mit dem Sturz der Despoten das EU-finanzierte Wachhundregime in Nordafrika ins Wackeln geraten würde? Die Aufständigkeit im Maghreb inspiriert inzwischen die Krisenproteste in Südeuropa. Die Kämpfe gegen die Sparprogramme blitzen als transnationaler Aufbruch auf. Südlich der Sahara prägt jedoch die notgedrungene Rückkehr derjenigen, die im Krieg in Libyen zwischen die Fronten gerieten, die Situation. Und zugleich macht der Tod von über 2000 Boatpeople im Mittelmeer das Jahr 2011 zu einem der grausamsten in der Geschichte des EU-Grenzregimes. In Athen liegen Pogrome gegen MigrantInnen zeitlich wie räumlich nah neben den Massenprotesten gegen Regierung und Troika. Angesichts hartnäckigen Widerstandes von Flüchtlingen und MigrantInnen und im Domino europaweiter Gerichtsentscheidungen musste auch das deutsche Innenministerium im Januar 2011 die Dublin-Abschiebungen nach Griechenland aussetzen. Doch der Abschiebeapparat läuft ansonsten weiter, verstärkt durch Frontex-gestützte Charterabschiebungen, gegen Roma Richtung Kosovo, gegen AfrikanerInnen nach Nigeria. Hinzu kommen Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien quer durch Europa – mit dem Breivik-Attentat in Norwegen als traurigem Höhepunkt.

Diese kurzen – hier auf Migration orientierten – Schlaglichter mögen genügen, um zu zeigen, wie widersprüchlich eine Bilanz der letzten Monate ausfällt. Unerwartete Aufbrüche und kalkulierte Katastrophen prägen gleichermaßen die globale Lage, die zu reflektieren wesentlicher Teil der zweiten antirassistischen Konferenz in Frankfurt sein wird“.

In diesem Sinne: wir sind gespannt und freuen uns auf lebendige und produktive Konferenztage!

Das Readerteam

P.S. Wir danken dem AStA und dem FSR Gesellschaftswissenschaften der Uni Frankfurt sowie Pro Asyl und Medico für die finanzielle Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis:

Aktualisiertes Programm.....	Umschlag vorn
Beschreibung der Arbeitsgruppen.....	2
Hintergrundtexte.....	14
Kalender 2011/2012.....	23
Glossar*.....	24
www.kompass.antira.info - Die neue Vernetzungsplattform der antirassistischen Bewegung.....	Umschlag hinten

I. WORKSHOPS - Beschreibungen der Arbeitsgruppen

AG (1)

w2eu.info: Webguide* für Flüchtlinge und MigrantInnen auf dem Weg durch Europa (No Border)

"I can see clearly now what Europe looks like, that it sends its armies to fight us at the sea and puts us in awful prisons. Together we have to start a second journey to another safe place that might exist in the future." (Eritrean woman, arriving on the island of Lesbos)

Vom Beginn der Reise an, an den Außengrenzen Europas beginnt ein inhumanes Migrationsregime zu wirken: Menschen wird der Eintritt verwehrt, sie werden eingesperrt und abgeschoben. Nichtsdestotrotz kommen sie und fordern dieses Regime damit heraus. Wir sagen willkommen auf diesem schwierigen Trip und wünschen allen eine gute Reise, denn Bewegungsfreiheit ist ein Recht aller!

w2eu.info soll auf dem Weg durch Europa Zugang zu nützlichen Kontakten und Beratungsmöglichkeiten ermöglichen. Der Webguide ist viersprachig (englisch, französisch, farsi, arabisch) und versucht Informationen aus allen EU-Ländern (und darüber hinaus auch aus Transitländern wie Türkei, Ukraine und Marokko) zusammenzustellen. Über eine Karte können Informationen zu den einzelnen Ländern direkt und über verschiedene Topics auch allgemeine Informationen gefunden werden.

Die Idee eines solchen Guides geisterte bereits seit Jahren immer wieder mal durch antirassistische Köpfe. Begonnen mit der Umsetzung haben wir beflügelt durch die direkten Kontakte mit neu Ankommenden während des Nobordercamps auf Lesbos 2009. Inzwischen sind AktivistInnen aus diversen Ländern daran beteiligt. Das Kontaktformular wird bereits rege genutzt, weil bereits viele Visitenkarten mit der Adresse in Umlauf sind (vor allem in Griechenland werden sie regelmäßig verteilt).

Da w2eu.info gerade erst laufen lernt, suchen wir immer Unterstützung: vor allem für Übersetzungen von englisch auf französisch, farsi und arabisch. Aber auch für das Pflegen der Kontakte in die verschiedenen Länder, durch Beisteuern einfach gehaltener Informationen zu einzelnen Bereichen etc.. Für den Workshop sind alle herzlich eingeladen, die sich vorstellen können, konkret am und mit dem Webguide zu arbeiten.

Gewünscht ist aber auch eine Diskussion über Möglichkeiten der Verbreitung und Erweiterung. Welche Informationen sind interessant? Welche Arten der Informationsweitergabe wären jenseits der statischen Webseite wünschenswert (angedacht wurden MP3-Files zu speziellen Themen, Facebook-Account, das Einrichten von Foren, Print-outs zu bestimmten Themen etc.).

Webseite: <http://w2eu.info>

Kontakt: contact@w2eu.info

AG (2)

Resettlement*- Visakampagne – Freiheit statt Frontex: Forderungen und Kampagnen im Horizont der Bewegungsfreiheit (No Border)

„Freiheit statt Frontex – Keine Demokratie ohne globale Bewegungsfreiheit“, so ist eine vielbeachtete Deklaration überschrieben, die drei migrationspolitische Netzwerke angesichts des revolutionären Aufbruchs in der arabischen Welt im März 2011 veröffentlicht haben.

Tatsächlich sitzen bis heute Tausende vor allem subsaharische Flüchtlinge in den Lagern an der libyschen Grenze fest. Nicht nur der „Choucha-Appell“, der u. a. von medico und Pro Asyl unterstützt wurde und die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa fordert, ließ die Verantwortlichen ungerührt. Auch der UNHCR stieß mit seiner Bitte um Resettlement-Plätze in Europa auf taube Ohren, obwohl diese Forderung ja nur die bereits anerkannten „schutzbedürftigen“ Flüchtlinge betrifft, also selektiv ist. Sollen wir sie trotzdem – z.B. im Rahmen der „Save me“-Kampagne – (weiter) unterstützen und wenn ja, wie?

Die mehrere tausend tunesischen Boatpeople (Harragas), die nach dem 14. Januar 2011 die Chance nutzten, nach Italien zu gelangen, gelten als „Wirtschaftsmigranten“, die „nur“ ein besseres Leben suchen, und alle, die nach dem 5.4.11 ankamen oder in den letzten Wochen vermehrt nach Lampedusa übersetzten, wurden und werden sofort interniert und schonungslos abgeschoben. Im Zusammenhang mit den arabischen Revolutionen wird auch aus unseren Kreisen die Forderung nach Visafreiheit im mediterranen Raum erhoben.

2 Ist diese Forderung nicht auch selektiv, zumindest wenn nicht klar die Ablehnung der Wachhundrolle gegenüber

Subsahara-Afrika damit verbunden wird? Oder kann sie, wenn sie beispielhaft von einer Bewegung für Demokratie erhoben wird, eine Vorreiterrolle zum Durchbrechen des EU-Grenzregimes spielen?

Um Appellen und Forderungen Nachdruck zu verleihen, entstand die Idee der Schiffe der Solidarität, die im April 2012 als „Boats4People“ von Italien Richtung Tunesien starten sollen. Das euro-afrikanische Projekt zielt auf eine mediterrane Vernetzung, die ein dauerhaftes Monitoring zwischen der nordafrikanischen Küste und den südeuropäischen Inseln in Gang bringen will. Die skandalösen Vorgänge auf dem Meer sollen dokumentiert und öffentlichkeitswirksam angeklagt werden. Es geht um die Rechte der Harragas wie der TransmigrantInnen. Es soll alles dafür getan werden, dass Schiffbrüchige gerettet werden. Was können und wollen wir tun, um diese Aktion zu unterstützen?

Lesehinweise:

Freiheit statt Frontex bei www.afrique-europe-interact.net

oder Direktlink: www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=429&clang=0

Choucha Appell: www.medico.de/choucha-appell

Save-me-Kampagne: <http://www.save-me-kampagne.de/>

Tunesien zwischen Revolution und Migration bei

<http://bordermonitoring.eu>

Schiffe der Solidarität: <http://www.boats4people.org>

mit kurzen Inputs von Flüchtlingsrat Hamburg und kein mensch ist illegal/Hanau

AG (3)

„Fingers in Hungary“- konkrete Dublin II-Erfahrungen von Jugendlichen (No Border)

Wir, eine Gruppe von jungen Flüchtlingen, werden in dem Workshop anhand von Schilderungen, einigen Fotos und filmischen Interviews über Erfahrungen von Flüchtlingen in Ungarn berichten. Einige von uns haben in Ungarn als minderjährige unbegleitete Flüchtlinge gelebt und sind aufgrund der schwierigen Lebensumstände seit einiger Zeit in Hamburg. Andere werden ihre Eindrücke schildern, die sie auf einer zweiwöchigen Recherchereise im Juli 2011 über die Situation von Menschen, die einen Asylantrag in Ungarn stellen mussten, gewonnen haben. Was uns verbindet sind die Erfahrungen an den EU-Außengrenzen und die Erfahrungen innerhalb verschiedener europäischer Länder, in denen unsere Rechte mit Füßen getreten wurden und werden.

An verschiedenen Orten in Ungarn in Nyírbátor, Kiskunhalas, Debrecen, Bicske, Balassagyarmat und Budapest sind wir mit Personen ins Gespräch gekommen oder haben selbst Erfahrungen in diesen Flüchtlingsgefängnissen, Lagern und auf der Straße machen müssen. Wir werden unter anderem schildern, wie sich das Ankommen in Ungarn gestaltet, über Erfahrungen mit Rückschiebungen nach Serbien berichten, das Leben in den Gefängnissen und Lagern und in der Obdachlosigkeit beschreiben, über Erfahrungen mit dem medizinischen Altersfeststellungsverfahren berichten, die Erfahrungen über Weiterflucht in andere europäische Länder und über die im Rahmen der Dublin-II-Verordnung erlebten Rückschiebungen sprechen.

Die katastrophalen Lebenssituationen von Flüchtlingen in Ungarn sollen öffentlich werden.

Wir wollen gemeinsam überlegen, welche Möglichkeiten wir haben, gegen die Dublin-II Abschiebungen zu kämpfen.

Wir wollen uns vernetzen und uns für unsere Rechte einsetzen.

Bewegungsfreiheit für Alle!

AG (4)

Lageralltag: Erfahrungen von Flüchtlingen (No Lager)

Immer wieder gibt es Nachrichten darüber, dass sich die Situation für Flüchtlinge in dem einen oder anderen Landkreis verbessert habe. Wir stellen uns allerdings die Frage, ob und wie sich etwas verändert.

Geht es um Residenzpflicht?

Geht es um Gutscheine?

Geht es um Abschiebung?

Geht es um die Bleiberecht?

Geht es um das Lagersystem und den ganzen Institutionellen Rassismus, der dahintersteckt?

Der Alltag von Flüchtlingen in der BRD offenbart die stattfindenden Veränderungen. AsylbewerberInnen aus verschiedenen Lagern in Berlin-Brandenburg haben das Wort. Sie werden berichten wie ihr Alltag aussieht. Sie wollen die

Freude aus dem Lager weiterverbreiten. Jetzt haben sie eine Zukunft und wollen diese Zukunft mit uns teilen.

Ein Vortrag von der Flüchtlingsinitiative Berlin-Brandenburg und Afrika-Initiative:
fib1998fib(at)yahoo.de – asylmaerchen(at)yahoo.de

AG (5)

Schnittstellen von Sexismus und Rassismus – Beschreibungsversuche als Diskussionsanstoß (No Sexism)

Wir wollen in diesem Workshop zunächst einen Blick auf die gesellschaftlichen Diskussionen der letzten Jahre werfen: Medienberichte und politische Debatten drehen sich um „Zwangsprostitution“, „Zwangsehen“ oder „Kopftuchzwang“, und eine „fremde patriarchale Kultur“ wird gezeichnet, die häufig vollkommen anders scheint als die „westlich-demokratische Kultur“, in der Frauen vermeintlich gleichberechtigt sind. Darauf bezogen stellen sich mehrere Fragen: Welche Auswirkungen und Funktionen haben solche Bilder und welche Verhältnisse verbergen sie? Stützen sich bevölkerungspolitische Steuerungsversuche (nicht nur) weiblicher Migration zunehmend auf einen gesellschaftlichen Konsens, der Frauen in der Migration bzw. der nachfolgenden Generationen überwiegend die Opferrolle zuweist? Wo zwingen Migrationskontrollen und aufenthaltsrechtliche Regelungen Frauen gerade in Abhängigkeitsverhältnisse?

Deshalb werden wir versuchen, die migrationspolitischen Auswirkungen dieser Diskussionen beispielhaft zu beleuchten. Um hier schon einmal einige Beispiele zu nennen:

- Seit Herbst 2007 setzt der Nachzug von Ehegatt_innen aus fast allen Nicht-EU-Ländern den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse durch die/den nachziehende/n Ehepartner_in voraus. Die Einführung dieser Sprachanforderung wurde unter anderem mit dem oft gezeichneten Bild der (Heirats-)Migrantin als Opfer begründet: Die Sprachprüfung sollte angeblich Zwangsehen verhindern.

- Migration in die Sexarbeit wird wiederum häufig mit Gewalt, Menschenhandel bzw. Kriminalität gleichgesetzt. Von der Kampagne um bis zu 40.000 „Zwangsprostituierte“, deren Einschleusung angeblich vor der Weltmeisterschaft 2006 zu erwarten war, bis zu einer Vertreibung von in die Sexarbeit migrierten osteuropäischen Frauen verbinden sich Opferschutz und Bekämpfung zu zwei Seiten einer Medaille: Die Aufenthaltsverweigerung wird als Schutz der Frauen ausgelegt.

- Dagegen bleiben die Situation geflüchteter Frauen oder Flüchtlingslager als Orte eines fremdbestimmten Alltags, die etwa durch das Machtgefälle zwischen Personal und Bewohnerinnen oder die Wohnbedingungen sexuelle Gewalt oder Ausbeutung begünstigen, im Allgemeinen ausgeblendet.

Antirassistische Auseinandersetzungen um solche Themen sind zurzeit allerdings wenig vorhanden und tatsächliche Versuche einer Einmischung sind es noch weniger. So bleiben Einsprüche in diesem Feld oft Interessenverbänden und Beratungsstellen überlassen. Der Workshop soll daher ein Versuch sein, von beispielhaften Beschreibungen der Situation zu einer Diskussion über mögliche Perspektiven zu gelangen, die jenseits der mittlerweile verbreiteten Annahme liegen, dass den Frauen ein „europäisch-emanzipiertes Selbstverständnis“ aufgezwungen werden müsste. Wie können wir eingreifen?

Gemeinschaftsworkshop von Women in Exile (WIE) and friends (Brandenburg/Berlin) und Frauen vom transnationalen Aktionsbündnis (Dortmund)

AG (6)

last minute 1: Flüchtlinge verhindern ihre Abschiebungen (No Deportation)

An Bord des Flugzeuges ist es Aufgabe des Flüchtlings, in Gegenwart anderer Passagiere gegen seine Abschiebung zu protestieren. Es ist außerdem wichtig für ihn zu wissen, dass unerwarteter Protest, der nicht von den regulären Fluggästen stammt, bei der Polizei Gewalt hervorruft und sie weitere Mittel einsetzen, um die Abschiebung durchzuführen. Der Protest sollte innerhalb der letzten dreißig Minuten vor Abflug stattfinden. Beim Protest des Flüchtlings ist es sehr wichtig, deutlich zu machen was ihn in seinem Heimatland erwartet, um auf diese Weise die Unterstützung der anderen Fluggäste zu erhalten.

Workshop von The Voice, Refugee forum

AG (7)

last minute 2: Wie UnterstützerInnen beitragen können, Abschiebungen am Flughafen zu stoppen (No Deportation)

Allein am Flughafen Frankfurt werden jeden Tag circa zehn Abschiebungen vollzogen. Um dem etwas entgegenzuhalten wollen wir in diesem Workshop Handlungsstrategien aufzeigen und diskutieren, mit denen Aktivist*innen die Betroffenen bei ihrem Versuch unterstützen können, ihre Abschiebung im Flugzeug zu verhindern. Dabei sollen die Protestformen der Flyeraktionen direkt am Flughafen sowie der Fax/Emailproteste und Anrufe vorgestellt und Aktionsmaterial (wie Beispielprotestflyer -faxe, -mails) zugänglich gemacht werden. Bei Interesse (und Zeit) können die Protestformen in Rollenspielen ausprobiert und eingeübt werden.

Moderation: vernetzung_gegen_abschiebung (FFM)

AG (8)

Sarrazin in Deutschland, Rechtspopulismus in Europa (No Racism)

Thilo Sarrazins Hang zur Selbstinszenierung als enfant terrible der Integrationsdebatte ist kaum zu überbieten – wie auch der offene, rassistisch imprägnierte Sozialdarwinismus seiner Argumentation. Doch Sarrazin steht unmissverständlich für ein dubioses Modernisierungsprojekt: für das offensive Mainstreaming eines neuen Rassismus in Europa, des postliberalen Rassismus. Es ist ein Rassismus der radikalisierten Suburbia-Mittelschicht, die ihre Hegemonie jenseits des Parteienspektrums sucht und organisiert. Ihr Markenzeichen sind Latte Macchiato und postpolitischer Tabubruch mittels antimuslimischer Rhetorik. Jacques Rancière hat den Terminus Post-Politik eingeführt, um auf die estatistische Neutralisierung und Disziplinierung antagonistischer Verhältnisse in der Regierungspraxis neoliberaler Governance hinzuweisen. Denn die nunmehr in das privilegierende Paradigma der Mehrheitsgesellschaft Inkludierten verkörpern nicht nur die vermeintliche Toleranz der Dominanzgesellschaft und werden bezüglich der Einforderung von Gleichheitsrechten stillgestellt, sondern fungieren auch als Kontrollinstanz, die homophobe Äußerungen der ethnisierten »muslimischen« Akteure skandalisiert, affektiv auflädt und in »moralische Paniken« verwandelt. Es ist also nicht erstaunlich, worin die Effektivität solcher »moralischen Paniken« besteht: in der affektgeladenen Intensität der Selbstaktivierung von Eliten zur Durchsetzung eines »zivilisatorischen Auftrags« zur Disziplinierung devianter Subjektivitäten.

AG (9)

Antira-Netzwerke und Selbstorganisation – Solidarität oder „kalter Krieg“ (No Racism)

In den letzten zehn Jahren nahmen die Konflikte in der Zusammenarbeit zwischen antirassistischen deutschen Organisationen und selbstorganisierten Flüchtlingen rasant zu. Während den einen Privilegien und Machtpositionen vorgeworfen werden, werden die anderen initiativlos dargestellt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Abgeschobenen. Die Situation in den Lagern wird immer schlimmer. Es stellen sich viele Fragen:

- Warum so viele Ablenkungsmanöver?
 - Wer sind die Asylbewerber überhaupt und was wollen sie?
 - Wer sind die antirassistischen deutschen Organisationen und was wollen sie?
 - Haben diese beiden Gruppen überhaupt ein gemeinsames Ziel?
 - Wenn ja, wo kommen die Konflikte her?
 - Warum ist es so schwierig eine Grundlage zu finden auf der beide Gruppen klare definierte Rollen haben?
- Unsere Veranstaltung soll nicht dazu dienen, den schlechten aktuellen Zustand zu verschärfen, sondern die Gelegenheit geben, sich über die belastende Situation Gedanken zu machen, um einen ehrlichen Weg für eine gute Zusammenarbeit in der Zukunft zu finden.
- Die Forderungen der Asylbewerber vom letzten Flüchtlingskongress in Berlin im Juni 2011 werden im Laufe dieses Workshops bekannt gegeben.

Flüchtlingsinitiative Berlin-Brandenburg und Afrika-Initiative.

AG (10)

Dublin II* muss weg! (No Border)

Seit dem Dublin II-Workshop auf der letzten Konferenz hat sich einiges verändert. Nach einem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes in Sachen menschenrechtswidriger Internierungspraxis in Griechenland haben immer mehr europäische Länder die Griechenland-Abschiebungen stoppen müssen. Zugleich haben sich die Aktivitäten gegen Dublin II weiterentwickelt: im Einzelfall wurden Abschiebungen verhindert (v. a. nach Malta), zu einzelnen Ländern (Italien, Ungarn, Malta, Polen) wurde recherchiert und Öffentlichkeit geschaffen – auch generell gegen Dublin II und für Bewegungsfreiheit. Im direkten Kontakt mit Flüchtlingen/ FlüchtlingsaktivistInnen/ AktivistInnen in verschiedenen europäischen Ländern gelingt es derzeit, Dublin II sehr konkret praktisch zu behindern. Seit Dublin II für die Rechtsprechung nicht mehr unangreifbar ist, gibt es immer mehr positive Gerichtsentscheidungen in Einzelfällen. Dazu hat viel die Öffentlichkeit bezüglich der Flüchtlingssituation in einzelnen Ländern beigetragen. Und eventuell kommt es im nächsten Jahr zu einer bedeutenden Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, die Dublin II generell und nicht nur Griechenland betreffen wird.

Wir schlagen vor:

- Strategien auszutauschen, was das Vorgehen gegen Dublin II und konkret gegen Dublin-Überstellungen in einzelne Länder angeht (Stichwort: Italien, Malta, Ungarn, Polen)
- Im Januar endet die Anweisung des Bundesinnenministeriums bzgl. Aussetzung der Griechenland-Abschiebungen und schon jetzt gibt es Tendenzen, die Situation dort schönzureden. Höchstwahrscheinlich wird die Anweisung verlängert, aber aufpassen (und eventuell vorarbeiten) müssen wir trotzdem.
- Eine allgemeine Einschätzung vorzunehmen, welche Interventionsmöglichkeiten vielleicht noch besser ausgeschöpft werden könnten. Hierzu gehören auch die Erfahrungen mit Abschiebeverhinderungen und Dublin II-Kirchenasylan der vergangenen Monate.

AG (11)

Wo ist unser „Platz“? – Arabellion* und Migration, mediterraner Aufbruch? (No Border)

„Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen.“ Antirassistische Netzwerke hatten diese optimistischen Zeilen in ihrer Deklaration „Freiheit statt Frontex“ Anfang März veröffentlicht. Kurze Zeit später drohte der arabische Frühling zwischen Bürgerkrieg und NATO-Intervention in Libyen aufgegeben zu werden, von Bahrein über Jemen bis Syrien dominierte die militärische Unterdrückung.

Im Mai aber starten massenhafte Platzbesetzungen in Spanien, dann im Juni quasi zeitgleich neue Wellen der Mobilisierung auf dem Syntagma- sowie Tahrir-Platz in Athen bzw. Kairo. Der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit suchte sich kurz darauf mit den Riots in London einen völlig anderen Ausdruck als im Zeltstadtprotest und den Massenhappenings in Tel Aviv. Doch selbst die Zeit konstatiert eine „Internationale des Aufstands“: „Jede politische Klasse, die soziale Gerechtigkeit ignoriert, verspielt irgendwann das moralische Kapital, die Einhaltung der herrschenden Regeln zu fordern. Das ist es, was Tel Aviv, Kairo, Madrid und London verbindet.“ (Die Zeit, 15.8.11)

Es wäre sicherlich vereinfachend und vorschnell zu behaupten, dass es einen schon gemeinsamen globalen Kampf für soziale Gerechtigkeit gäbe. Die unterschiedlichen Bewegungen entwickeln sich entlang lokaler Traditionen sozialen Aufbegehrens, die Bedingungen sind in vielerlei Hinsicht nicht vergleichbar, das Gefälle ist und bleibt gewaltig. Doch es gibt auch eine globale Konfiguration der Ungerechtigkeit, die die Aufstände provoziert und ihnen zusätzlich Kraft gibt. Globalisierung und Neoliberalismus, katalysiert durch die globale Finanzkrise und folgende „Sparprogramme“, haben überall zu einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt.

Das zunehmende Wissen über globale Zusammenhänge, über Aufstände und Bewegungen an anderen Orten, in Echtzeit vermittelt durch neue Möglichkeiten der Massenkommunikation, hat eine globale Verbundenheit erzeugt und die Menschen inspiriert, selbst auf die Straße zu gehen. Ein Aufbegehren hat sich verbreitet, das geografische Distanzen und unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte zu überspringen vermag.

Wer hätte vor wenigen Monaten für möglich gehalten, dass sich junge Israelis in ihren Protesten in Tel Aviv auf den Tahrir-Platz beziehen würden? Und wer hatte vor wenigen Wochen geglaubt, dass der transnationale Aufbruch auch in Deutschland aufblitzen würde? Am 15. Oktober, als globaler Aktionstag von Netzwerken in Spanien initiiert, ist über den Umweg der Occupy Wallstreet Mobilisierung in den USA auch auf Plätzen in deutschen Städten einiges in

Bewegung geraten. In Frankfurt geht ein Protestcamp Anfang November bereits in die dritte Woche... Wie wollen wir uns aus den antirassistischen Netzwerken auf diesen gesamtgesellschaftlichen Kontext einlassen und einmischen? Wie hängen die Kämpfe gegen das EU-Grenzregime und gegen die kapitalistische Zurichtung zusammen? Wie sind Kämpfe für das Recht zu gehen (Exit) und für das Recht zu bleiben (Voice) verbunden? Wie können und wollen wir unsere transnationalen Kontakte entlang der Migrationsrouten, z. B. in Griechenland und Tunesien, darin produktiv machen? Lassen sich mit dem Boats4People-Projekt neue Fäden knüpfen, die die beiden Kontinente Afrika und Europa durchziehen? Und liegt nicht gleichzeitig in der Auseinandersetzung mit Prekarisierung die Brücke für eine Intensivierung gemeinsamer transnationaler Kämpfe von Tunis und Kairo über Madrid und Athen bis Frankfurt und Berlin?

Textlinks:

<http://bordermonitoring.eu/>

Ausblickstext in der Broschüre "Tunesien - Zwischen Revolution und Migration. Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011", siehe <http://content.bordermonitoring.eu/tunesien--revolution.migration--de.pdf>

und Interview in Arranca: <http://arranca.org/ausgabe/44/ein-neues-zeitalter-der-kaempfe>

AG (12)

Selbstorganisation von Abgeschobenen in Westafrika: Zwischen Neuorientierung und abermaligem Aufbruch... (No Border)

mit AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact aus Mali

Bis heute haben sich aus verschiedenen Regionen Malis 40 Gruppen Afrique-Europe-Interact angeschlossen – hinzu kommen mehrere Gruppen bzw. AktivistInnen aus Burkina Faso, Senegal, Togo, Kamerun und dem Kongo. Viele sind in der praktischen Unterstützung von Abgeschobenen und Vertriebenen aktiv, die meisten der Gruppen wurden von Betroffenen selbst gegründet wie zum Beispiel die Organisation der Rückgeschobenen aus Zentralafrika in Mali (ARACEM) oder der Verein von jungen Abgeschobenen aus Spanien in der Region Yanfolila (AJRECY). Neben materieller, medizinischer, juristischer und psycho-sozialer (Erst-)Unterstützung spielen in der alltäglichen Arbeit vor allem praktische Überlebensfragen eine zentrale Rolle. Ziel ist es, Abgeschobene und Vertriebene im Aufbau einer neuen Existenzgrundlage zu unterstützen, etwa im landwirtschaftlichen Bereich. Darüber hinaus sind auch viele der Gruppen politisch aktiv. Schwerpunkt ihrer diesbezüglichen Arbeit ist die Kritik an der Kooperation der malischen Regierung mit europäischen (Abschiebe-)Behörden, zudem werden öffentliche Veranstaltungen über das 'Für' und 'Wieder' von Migration nach Europa durchgeführt.

In dem Workshop werden Alassane Dicko von der „Assoziation der Abgeschobenen“ Malis (AME/Association Malienne Expulsés) und Hamada Dicko vom „Verein zur Verteidigung der malischen MigrantInnen“ (ADEM/L'Association pour la Défense des Emigrés Maliens) über ihre Arbeit berichten, dabei wird es auch um die Situation der mehreren Zehntausend ArbeitsmigrantInnen gehen, die im Zuge der (Bürger-)Kriege in Libyen und der Elfenbeinküste fluchtartig nach Mali zurückgekehrt sind.

AG (13)

Migrationskontrolle, Bevölkerungspolitik und Heteronormativität am Beispiel der Heiratsmigration

(Crossover* zu No Sexism)

Seit die Familienzusammenführung neben der EU-Binnenmigration die häufigste (legale) Einreise- bzw. Aufenthaltsmöglichkeit geworden ist, geben sich der Gesetzgeber und die Behörden beträchtliche Mühe, diesen mehrheitlich Frauen zugänglichen Migrationsweg zu kontrollieren und zu regulieren. So wurde der Nachzug von Ehepartner_innen durch die Sprachprüfung vor der Einreise erschwert - und sogar das neu geschaffene „Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat“, das angeblich außerhalb Deutschlands Zwangsverheirateten eine verlängerte Rückkehr ermöglichen sollte, wurde ein Auswahlverfahren: Die Wiedereinreisemöglichkeit ist nun von einer günstigen „Integrationsprognose“ abhängig.

Gleichzeitig wurde die „Ehebestandszeit“, nach der ein/e nichtdeutsche Ehepartner_in ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten kann, mit der Begründung ausgeweitet, die Verlängerung werde „Scheinehen“ verhindern. Ehen (oder Partnerschaften durch den Begriff der „Scheinlebenspartnerschaft“) mit Nichtdeutschen werden so als verdächtig stigmatisiert und behördliche Eingriffe in Lebensumstände gefördert.

Der Staat wird immer mehr zur Kontrollinstanz für private Lebensentscheidungen von Migrant_innen (und ihrer Le-

benspartner_innen) und spricht ihnen - ebenso wie Arbeitslosengeld-II-Empfänger_innen - das Recht ab, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Familien/Partnerschaften/ Lebensgemeinschaften/Wohngemeinschaften definieren. Wir nehmen die entsprechenden Gesetze, Verordnungen und Praktiken genauer unter die Lupe und wollen mit euch diskutieren, inwiefern mit dieser Form der Migrationskontrolle auch Normen für Lebensformen/Familien durchgesetzt werden sollen und bevölkerungspolitisch Einfluss genommen wird.

AG (14)

Perspektiven der Anti-Lager-Kämpfe (No Lager)

In vielen Regionen Deutschlands schaffen es Menschen in Flüchtlingslagern immer wieder und oft schon seit Jahren, sich gegen rassistische Unterdrückung und die unwürdigen Lebensbedingungen aufzulehnen, teilweise greifen sie sogar zu solch drastischen Mitteln wie Hungerstreik. Doch die Isolation und die häufig vergleichsweise kurze Verweildauer macht Flüchtlingslager zu Orten, in denen sich kollektiver Widerstand oft mühselig erreichen lässt. Trotzdem gibt es immer wieder Erfolge, die von kleinen Verbesserungen des Alltagslebens bis hin zur Schließung einzelner Lager reichen.

Der Workshop soll eine Plattform für Aktivist_Innen in Lagern und außerhalb davon für Diskussion und Austausch bieten, um konkret Strategien und Perspektiven zu entwickeln. Diskutiert werden könnte etwa entlang der Fragen, wie sich Widerstand in Lagern entfachen und verbreitern lässt und wie wir mit Hindernissen wie Zersplitterung und Vereinzelung im Lager umgehen. Was können wir aus unseren Erfolgen und Misserfolgen lernen? Auch verlaufen Lagerkämpfe oft isoliert voneinander an einzelnen Orten, wie gelingt uns eine größere regionale Vernetzung und ist dies gewünscht?

AG (15)

Wie sich Flüchtlingsfrauen selbst organisieren und sich in antirassistische Arbeit einbeziehen lassen

(Crossover* zu No Sexism/ No Lager)

In den letzten zehn Jahren des Aktivismus und der Arbeit auf Graswurzelebene mit Flüchtlingsfrauen ist uns aufgefallen, dass sich sehr wenige Frauen in der Antirassismuarbeit engagieren und die Mehrheit derer, die es tun, unmittelbar nachdem sie eine Aufenthaltserlaubnis haben, das Interesse verlieren oder keine Zeit mehr dafür haben. Im Workshops werden wir uns auf die folgenden Punkte (und mehr?) konzentrieren.

Wie können Flüchtlingsfrauen zu Aktivismus motiviert werden?

Warum haben Flüchtlingsfrauen Angst oder nicht willens, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen?

Wie motivieren wir diejenigen, die bereits aktiv sind oder diejenigen, die Interesse an Aktivismus haben, weiterzumachen, nachdem sie eine Aufenthaltserlaubnis haben?

Women in Exile Berlin/Brandenburg

„Women in Exile“ (WIE) ist eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen, die sich mit den Problemen von Flüchtlingen aus der Sicht von Frauen befassen und Gesetze bekämpfen, die gegen die Emanzipation von Frauen und Kindern gerichtet sind. 2011 startete WIE+sisters+friends die Kampagne: Keine Lager für Frauen! Alle Lager abschaffen!

Homepage: <http://womeninexile.blogspot.de>

Email: [frauenasyl\(at\)yahoo.co.uk](mailto:frauenasyl(at)yahoo.co.uk)

AG (16)

„Fußballfeld des Westens“: Zum Verhältnis westlicher Länder zu Afrika (No Neocolonialism)

Der afrikanische Kontinent wird mehr und mehr zu einem riesigen Spielfeld – wie ein Fußballfeld – für die westlichen wirtschaftlichen, geostrategischen, ideologischen bzw. militärischen Interessen. Der bedeutendste Rückstand bzw. Bedarf an Investitionen dient als gute Rechtfertigung für die ausländischen Mächte, denn offiziell wird nur von Entwicklungshilfe, Terrorismusbekämpfung, etc. gesprochen.

Für die historischen Kolonialherren sind die Ausbeutungsgebiete zu erhalten bzw. zu erweitern. Es geht darum, Rohstoffe für den eigenen Industriebedarf zu sichern aber auch den Weg für neue Konkurrenten – wie China – zu versperren. Dafür werden alle möglichen Mittel eingesetzt, auch wenn diese komplett im Widerspruch mit der vermeintlich verbreiteten Theorie der „Good Governance und Entwicklungspolitik“ oder der „Demokratie“ stehen. Auf keinem anderen Kontinent haben sich in den letzten zwei Jahren so viele Ereignisse abgespielt wie auf den Afrikanischen Kontinent:

Während die Bevölkerung an schlimmen Dürren und Hungersnöten, AIDS und weiteren Krankheiten, etc. leidet, werden Regierungen auf-, aus- und umgebaut; Milizen werden finanziert und bewaffnet; Bürgerkriege werden arrangiert und montiert; Rebellen werden als Helden auf den internationalen Tribünen empfangen und bejubelt; Länder werden zersplittert und andere neu gegründet, etc. Man befürchtet, zu Recht, eine neue Form der Kolonisierung – die schlimmste wahrscheinlich.

Auf dem Spielfeld stehen mittlerweile neue Spieler – wie China – und einige Fragen lassen sich im Hintergrund stellen: Ist das Gerangel um die Schätze Afrikas zwischen dem Westen und dem immer mächtigeren China eine Gelegenheit um die Weltordnung neu zu denken? Bestehen dahinter Konfliktpotenziale zwischen den mächtigsten Spieler? Und schließlich, welche Rolle spielen die afrikanischen Politiker, denn für viele von ihnen ist die Frage wichtig, wie man diese Situation als Vorteil für sich nützen kann.

Ein Vortrag der Flüchtlingsinitiative Berlin-Brandenburg
(Fib1998fib(at)yahoo.de) und Afrika-Initiative (asylmaerchen(at)yahoo.de)

AG (17)

Widerstand gegen Sammelabschiebungen (No Deportation)

Gemeinsamer Einstieg, dann Aufteilung in zwei Arbeitsgruppen (17a und 17b)

Von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex finanziert und koordiniert sind in den letzten Jahren immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen mittels Sammelabschiebungen aus Europa in ihre vermeintlichen Herkunftsländer abgeschoben worden. Aus Deutschland werden solche Abschiebungen mit gecharterten Flugzeugen insbesondere über die Flughäfen Düsseldorf und Baden Baden durchgeführt. Seit die Bundesrepublik 2009 damit begonnen hat, langjährig geduldete Flüchtlinge aus dem Kosovo abzuschicken, werden von dort aus insbesondere Roma und Ashkali mit Sammelchartern in die Länder des ehemaligen Jugoslawiens abgeschoben.

Aus Österreich ist uns bekannt, dass in den letzten beiden Jahren eine große Zahl von EU-koordinierten Charterabschiebungen nach Nigeria organisiert wurde. Und auch in der Schweiz sind die Nigeria-Charter 2011 nach einer längeren Pause wieder aufgenommen worden.

Doch wo Abschiebungen durchgeführt werden, gibt es auch Widerstand. An Flughäfen wie Düsseldorf, Baden Baden oder Wien haben im letzten Jahr immer wieder Proteste gegen Sammelabschiebungen stattgefunden. Vor diesem Hintergrund wollen wir mit unserem Workshop antirassistische Gruppen und Einzelpersonen, die an verschiedenen Orten gegen Abschiebungen aktiv sind, zusammenbringen und über die Perspektiven einer Bündelung unserer politischen Aktivitäten diskutieren. Nach einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch teilt sich der Workshop in zwei Arbeitsgruppen, um an den Beispielen der Aktionen gegen Roma-Abschiebungen und der Idee einer Nigeria-Kampagne konkrete Handlungsmöglichkeiten gegen Sammelabschiebungen zu entwickeln.

The Voice Baden-Württemberg, Projekt Roma Center Göttingen e.V., Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main

AG (17a) Gegen Botschaftsanhörungen und Frontex-Charter* am Beispiel Nigeria:

Die erste Arbeitsgruppe konzentriert sich auf die alle bleiben!-Kampagne, die vom Roma-Center Göttingen e.V. gegen die Entrechtung und Abschiebung von langjährig geduldeten Roma, Ashkali und Ägyptern nach Kosovo gegründet wurde. Was erwartet Roma im Kosovo und wie ist ihre Lager hier in Deutschland. Wie weiter gegen die Roma-Sammelabschiebungen aus Baden Baden und Düsseldorf?

Input: Roma-Center Göttingen e.V.

AG (17b) Abschiebungen stoppen – Alle bleiben! am Beispiel der Roma:

In der zweiten Arbeitsgruppe wird die Idee einer Nigeria-Kampagne vorgestellt, die sich gleichermaßen gegen die regelmäßig stattfindenden Botschaftsanhörungen von Flüchtlingen zur Ausstellung von nigerianischen Reisepapieren wie gegen die Frontex-Sammelcharter nach Nigeria richten soll. Gelingt es uns, ein überregionales antirassistisches Netzwerk zu knüpfen, das Öffentlichkeit über die Kollaboration zwischen nigerianischer Botschaft und deutschen Behörden herstellt und Protestaktionen gegen Nigeria-Sammelabschiebungen organisiert?

Input: The Voice Baden-Württemberg

AG (18)

Kampf gegen rassistische Polizeigewalt (u. a. mit Bezug auf Oury Jalloh) und gegen rassistische Sondergesetze (No Racism)

Am 7. Januar 2005 ist Oury Jalloh im Polizeirevier Dessau bei lebendigem Leib verbrannt. Bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, was an diesem Tag in Zelle Nr. 5 tatsächlich geschehen ist. Während Verwandte, FreundInnen und die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh von Mord sprechen, wurde im ersten Prozess gegen zwei Polizisten lediglich Anklage wegen „Körperverletzung mit Todesfolge“ bzw. „fahrlässiger Tötung“ erhoben. Der Prozess endete mit einem Freispruch. Das Lügengestrüpp der ZeugInnen war einfach zu dicht, zumindest für einen Richter, der weder willens noch in der Lage war, das Verfahren mit aller Entschiedenheit durchzuführen – was auch in seinen abschließenden Worten bei der Urteilsverkündung deutlich wurde: „All diese Beamten, die uns hier belogen haben, sind einzelne Beamte, die als Polizisten in diesem Land nichts zu suchen haben. (...) Ich habe keinen Bock, zu diesem Scheiß noch irgendwas zu sagen.“

Am 7. Januar 2010 kassierte der Bundesgerichtshof in einer spektakulären Entscheidung das Urteil des Dessauer Landgerichts. Der Fall wird nun vorm Landgericht Magdeburg neu aufgerollt. Erneut steht die von der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft vertretene Behauptung auf dem Prüfstand, wonach Oury Jalloh die feuerfeste Matratze selbst angezündet haben soll – und das, obwohl er an Händen und Füßen fixiert war. Ebenfalls neu verhandelt wird, weshalb der diensthabende Polizeibeamte mehrfach den Rauchmelder aus dem Zellentrakt ausgeschaltet hat. Hinzu kommen zahlreiche neue Widersprüche und Indizien, die erst jüngst bekannt geworden sind – einschließlich der leider üblichen Skandale und Schikanen, die den Oury Jalloh-Prozess bereits beim ersten Verfahren durchgehend begleitet haben (Polizeiübergriffe auf ProzessbeobachterInnen am 11.08.2011, Einschüchterung der Oury Jalloh-Initiative durch die Gewerkschaft der Polizei, Gebühren für Verlassensserlaubnisse des Landkreises, um am Verfahren teilnehmen zu können etc.).

In der Veranstaltung werden Mitglieder der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh nicht nur vom aktuell laufenden Prozess berichten, es soll auch um den ersten Prozess gehen (hierfür kann je nach Bedarf auch eine aktuelle Version des mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilms „Tod in der Zelle“ gezeigt werden). Zudem soll zur Sprache kommen, dass Oury Jalloh kein Einzelfall ist.

Auch sonst endet rassistische Polizeigewalt immer wieder tödlich. So sind N'deye Mareame Sarr, Halim Dener, John Achidi, Zdravko Nikolov Dimitrov, Aamir Ageeb, Arumugasamy Subramaniam, Dominique Koumadio und viele andere Opfer der deutschen Polizei und ihrer rassistischen Straflosigkeit geworden. Die Mehrheit dieser Fälle wurde nicht einmal vor Gericht gebracht.

Mit AktivistInnen von der Oury-Jalloh-Initiative aus Dessau und Berlin

Weitere Infos unter: <http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

AG (19)

Reflexionen über Unterstützungsarbeit in der antirassistischen Bewegung (No Racism)

Unterstützungsarbeit ist eine Arbeit, die immer schon ein Gefälle beschreibt. Es gibt Personen/Gruppen, die unterstützen und Personen/Gruppen, die unterstützt werden und oder Unterstützung benötigen. Doch im Kern geht es um Solidarität, um ein solidarisches Handeln, das möglichst allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen soll und zwar da wo sie leben wollen. In dem Workshop wollen wir uns, aus der Sicht der Unterstützer_innen, unsere eigene Rolle anschauen und betrachten welche Fragen und Schwierigkeiten immer wieder aufgeworfen werden. Dazu gehört auch damit aufzuräumen, dass Unterstützer_innen oft als weiße-deutsche gedacht werden und nicht als schwarze/migrantische Personen.

Welche Fragen und Schwierigkeiten werden bei Unterstützungsarbeit immer wieder aufgeworfen. Betrachten sich antirassistische Aktivist_innen als Unterstützer_innen? Gibt es einen Unterschied zwischen Unterstützung und Solidarität? Wie kann mit dem Gefälle (an Ressourcen, an Sicherheit, an Rechten, an Kontakten/Beziehungen) umgegangen werden? Und sind sich die verschiedenen Aktivist_innen ihrer Position in der Gesellschaft bewusst (das z.B. von einer weiß-deutschen Position aus ganz andere Einflussmöglichkeiten bestehen als von einer schwarz-migrantischen oder z. B. von der Position als Roma)?

Es ist klar, dass wir all das in zwei Stunden Workshop leider nicht ausführlich erörtern können. Deswegen wollen wir einzelne Punkte für Kleingruppen vorschlagen, die im Workshop noch um weitere Punkte erweitert werden können.

1. Kleingruppe: Austausch und Sammeln von Ideen, wie das Gefälle an Ressourcen usw. abgebaut werden kann und wie mit Wissenshierarchien umgegangen werden kann.

2. Kleingruppe: Unterstützung oder Solidarität? Ist das ein Widerspruch? Sind Unterstützer_innen „nur Aufgabenerfüller_innen“? Und wie können Aktivist_innen mit weniger Ressourcen, diese bei Aktivist_innen mit mehr Ressourcen einfordern?

3. Kleingruppe: „Oh, dass schon wieder!“ Wie kann mensch in der solidarischen, antirassistischen Arbeit Offenheit bewahren und nicht die Anliegen und Vorschläge von Personen, die Rassismus erfahren und oder Unterstützung benötigen abtun?

4. Kleingruppe: Die eigene Position in der antirassistischen Arbeit reflektieren, welche Ressourcen habe ich, welche Privilegien und was macht das mit der politischen Zusammenarbeit?

Wir möchten in dem Workshop darauf achten, dass für alle Personen übersetzt wird, so weit das Personen, die am Workshop teilnehmen tun können. Wir haben keine extra Übersetzer_innen engagiert.

AG (20)

Undokumentiert streiken: praktische Anregungen nicht nur für den 1. März 2012 (No Exploitation)

1. März? Transnationaler Migrant_innenstreik! Die Idee geht auf Massenproteste in den USA zurück, wo sich 2006 über eine Millionen Menschen am „A Day Without Us“ beteiligten. Vier Jahre später haben auch in Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland Aktivist_innen die Idee aufgegriffen und am 1. März dutzende Betriebe bestreikt. Zehntausende gingen auf die Straße und demonstrierten gegen rassistische Diskriminierungen und für gleiche Rechte. 2011 haben sich die Proteste noch ausgeweitet, auch Wien war erstmals mit dabei.

Der 1. März könnte als antirassistischer Aktionstag etabliert werden, an dem Migrant_innen als politische Subjekte auftreten und sich gemeinsam gegen die herrschenden Politiken von Ausbeutung und Diskriminierung zur Wehr setzen.

Im Workshop wollen wir die Idee des 1. März vorstellen, Fragen zu Bedingungen und möglichen Formen für einen Streik bei prekärer, undokumentierter Arbeit stellen und mit Euch diskutieren: Wer oder was prekarisiert uns? Welche Aktion würde Deine Arbeit blockieren? Wie möchtest Du gegen (Deine) Prekarisierung kämpfen?

Wir greifen in dem Workshop auf einen Fragebogen aus der Kampagne für einen Prekären Streik in Italien auf – ein Streik, der in der Prekarität entsteht und sich gegen Prekarität richtet. Und wir setzen auf MayDay-Basteltradition: Am Ende des Workshops werden wir mit den Diskussionsergebnissen Postkarten produzieren - mit unseren Statements und Forderungen gegen Prekarisierung von Arbeit und Leben.

Verkleidung, Masken und Drucker bringen wir, Perücken und Lust zur politischen Diskussion Ihr.

Vom Prekärcafé und 1.März/Transnationaler Migrant_innenstreik, Wien

AG (21)

No Border Camp Sommer 2012 in der Region Düsseldorf

Im Sommer 2012 wird in der Region Düsseldorf ein No Border Camp stattfinden. Inhaltlich wird es dort auf jeden Fall um die Auseinandersetzung mit der Abschiebepraxis Deutschlands und Europas (Stichwort Flughafen Düsseldorf), sowie deren Abschottungspolitik gehen. Daneben sollen aber auch weitere rassismuskritische, antifaschistische, feministische und kapitalismuskritische Perspektiven im Zentrum stehen.

Bisher hat sich ein NRW-weites Bündnis aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen zusammengefunden, das sich mit der Planung des Camps und dessen inhaltlicher und aktionistischer Ausgestaltung beschäftigt. Es soll aber nicht nur ein NRW-internes Camp bleiben, sondern ein Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2012 mit bundesweiter Ausrichtung werden - und zusammen mit antirassistischen Gruppen der lokal angrenzenden Regionen aus Belgien, Niederlande und Frankreich.

Wir hoffen auf ein nicht weiß dominiertes Grenzcamp, sondern wollen gemeinsam, ob mit oder ohne Migrationserfahrung, dieses No Border Camp gestalten.

In diesem Workshop wollen wir zunächst den aktuellen Stand der Vorbereitungen darstellen und dann mit euch ins Gespräch kommen. Dabei soll es zu einem gemeinsamen Austausch von Wünschen, Anforderungen und Vorstellungen von solch einem Camp kommen und wie wir dieses gemeinsam organisieren können.

AG (22)

Antira-Kompass als neues Medium der Verbreiterung und Vernetzung

Der Vorschlag einer übergreifenden Web-Plattform als „Gelbe Seiten“ für die antirassistische Bewegung kam bei der ersten „No Border lasts forever“-Konferenz auf. Denn die Vielfalt der Netzwerke und Kampagnen zu Flucht, Migration und Antirassismus macht es bisweilen sogar InsiderInnen nicht ganz einfach, einen Überblick zu behalten. Der Zugang für Neu-Interessierte gestaltet sich schwierig, und nicht selten laufen Mobilisierungen unverbunden nebeneinander her, wo Absprache und Koordination sinnvoll und von gegenseitigem Nutzen wäre.

Der Antira-Kompass soll insofern sowohl der Verbreiterung als auch der Vernetzung dienen, ob und wie weit auch Diskussionen auf dieser Plattform geführt werden können, ist allerdings eine offene Frage. Jedenfalls benötigt der Kompass Aktive aus verschiedenen Netzwerken und Regionen, die zumindest zu- und am besten mitarbeiten, damit das neue Projekt die inhaltliche und praktische Vielfalt der Antira-Bewegung widerspiegelt, aktualisiert bleibt und beworben und genutzt wird.

Ein Anfang wurde mittlerweile gemacht, die Plattform hat ein erstes Gerüst und Layout, an Hand dessen wir in der Arbeitsgruppe nicht nur weitere Ideen und Möglichkeiten sondern den konkreten Auf- und Ausbau diskutieren wollen.

<http://kompass.antira.info/>

AG (23)

Workshop zur Mobilisierung gegen die IMK* im Dezember 2011 in Wiesbaden

Anfang Dezember treffen sich Bundes- und Landesinnenminister zu ihrer nächsten Konferenz (IMK) in Wiesbaden, für den 7.12. mobilisieren Jugendliche ohne Grenzen (JoG) und ihre Bündnispartner erneut zu einer Demonstration unter dem Titel „I love Bleiberecht für Alle“.

Der Hintergrund: In Deutschland leben immer noch knapp 90.000 geduldete Flüchtlinge, davon 53.000 seit mehr als sechs Jahren, und einige hunderttausend Menschen ohne jeglichen Aufenthaltsstatus mit ständiger Angst vor der Abschiebung. Am Ende des Jahres droht zudem bis zu 15.000 vorläufig Bleibeberechtigten, obwohl sie schon mehr als zehn Jahre in Deutschland leben, der Rückfall in die Duldung und damit die Abschiebung.

Seit 2005 erzeugen vor allem die regelmäßigen Proteste von jungen Flüchtlingen bei den IMKs mächtig öffentlichen Druck und sie haben den Innenministern bereits einige Zugeständnisse abgetrotzt. Mit den so genannten Altfallregelungen von 2006/7 erhielten 60.000 Menschen, die abgeschoben werden sollten, ein Bleiberecht. In 2010 befürworteten die Innenminister ein spezielles Bleiberecht für 15 bis 21 Jährige Langzeitgeduldete. Die Besonderheit: Waren die vorherigen Regelungen stichtagsabhängig und daher nur einmalig wirksam, ist mit dem §25a AufenthG eine dauerhaft wirksame rollierende Regelung geschaffen worden. Eine solche Regelung auch über die Jugendlichen hinaus ist derzeit in der Diskussion.

In der Arbeitsgruppe soll der Kampf ums Bleiberecht bilanziert und weitere Schritte erörtert werden - nicht zuletzt mit der Frage, wie die anstehende Mobilisierung nach Wiesbaden so stark und öffentlichkeitswirksam wie möglich gemacht werden kann.

Weitere Infos unter: <http://jogspace.net/>

AG (24)

Landgrabbing*: Vertreibungen, Hunger und ökologischen Zerstörungen durch neokolonialen Landraub in Afrika – transnationaler Kampagnenvorschlag von Afrique-Europe-Interact

Spätestens seit der Explosion der Lebensmittelpreise im Zuge der globalen Finanzkrise im Jahr 2009 hat der Ausverkauf fruchtbarer Böden an weltweit operierende Investmentfonds, Banken und Konzerne erheblich an Tempo zugenommen. Dabei gehen 75 Prozent der Landverkäufe auf Kosten Afrikas, mit am stärksten betroffen sind Äthiopien, Mali und der Kongo – alles drei Länder, in denen beträchtliche Teile der Bevölkerung chronisch unterernährt sind. So wurden allein in Mali in den letzten drei Jahren 500.000 Hektar fruchtbares Ackerland verkauft, über weitere 500.000 Hektar wird aktuell verhandelt. Insgesamt hat die Regierung die Hälfte der malischen Ackerfläche zum Verkauf ausgeschrieben, am stärksten betroffen ist bislang das Office du Niger, eine äußerst fruchtbare Anbauregion 270 Kilometer östlich von Bamako mit insgesamt über 350.000 BewohnerInnen.

Ob für Agrotreibstoffe, Export-Getreide oder Spekulationszwecke – der Ausverkauf von Land geht für die ansässigen Kleinbauern und -bäuerinnen nicht nur mit Feldzerstörungen oder Landvertreibungen einher, auch die Grund- und Flusswasserspiegel sinken erheblich. Hinzu kommt, dass das Klima massiv in Mitleidenschaft gezogen wird. Denn die CO2-Bilanz von agrarindustriell angebauten Agrotreibstoffen ist meist genauso schlecht, wenn nicht schlechter wie diejenige fossiler Brennstoffe – ein Umstand, welcher darauf verweist, dass Agrotreibstoffe nur wenig mit „Bio“,

dafür aber viel mit schwindenden Nahrungs- und Erdölreserven („Peak Oil“) zu tun haben.

Und doch: Landgrabbing geht keineswegs stillschweigend über die Bühne, vielmehr setzen sich die unmittelbar betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen massiv zur Wehr (inklusive Repression seitens staatlicher Behörden). In Mali ist daraus im November 2010 der insbesondere von kleinbäuerlichen Organisationen initiierte „Appell von Kolongo“ hervorgegangen, welcher erst jüngst durch den beim 10. malischen Sozialforum verabschiedeten „Appell von Niono“ bekräftigt wurde („Es ist notwendig, dass die Menschen in Afrika und Mali aktiv werden“). Zudem wird vom 17. bis 20. November (also zeitgleich zu unserer Konferenz in Frankfurt) in Nyeleni/Mali eine internationale, vor allem von der weltweiten Kleinbauernorganisation „via campesina“ auf den Weg gebrachte Aktionskonferenz zu Landgrabbing stattfinden.

Am Anfang des Workshops wird zunächst in zwei kurzen Inputs über die aktuellen Entwicklungen beim weltweiten Landgrabbing sowie über kleinbäuerlichen Widerstand in Mali berichtet. Danach möchten wir gemeinsam diskutieren, was hierzulande gegen die neokoloniale Landnahme im Süden getan werden kann. nicht zuletzt als Unterstützung des Widerstands, den es bereits gibt bzw. der sich zur Zeit entwickelt: Beispielsweise Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen bei Banken, welche am Landgrabbing beteiligt sind (erwähnt sei insbesondere der DWS-Fonds der Deutsche Bank) oder Aktionen bei Lufthansa, die zur Zeit einige Flugzeuge mit Agrosprit aus Mosambique probefliegen lässt etc.). Hintergrund ist, dass Afrique-Europe-Interact zukünftig neben migrationsbezogenen Fragestellungen auch stärker im Bereich gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung aktiv werden möchte – gerade deshalb ist uns in Frankfurt die gemeinsame Debatte mit AktivistInnen aus Mali besonders wichtig (und wahrscheinlich wird auch Victor Nzuzi aus dem Kongo an dem Workshop teilnehmen, den einige bereits beim Klima-/Antira-Camp 2008 in Hamburg kennengelernt haben).

Mit mehreren AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact (u. a. aus Mali und dem Kongo)

AG (25) Noborder meets Occupy. Vom Recht zu gehen und vom Recht zu bleiben, das Beispiel Landraub als Migrationshintergrund und die Rolle der Banken

Flucht und Migration sind einerseits Reaktionen der Menschen auf die massive Ausplünderung und die fortgesetzten Verwüstungen im globalen Süden, an denen die Banken und Konzerne in Europa einen gewichtigen Anteil haben. Migration drückt aber gleichzeitig auch den Anspruch auf ein besseres Leben und Einkommen aus, der sich in der Konfrontation mit dem EU-Grenzregime zu einem Kampf um gleiche soziale Rechte verdichtet.

Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert ist ohne das globale Ausbeutungsgefälle nicht zu denken, das mittels Ungleichheit, Hierarchisierung, Zonierung entlang innerer und mehr noch entlang äußerer Grenzen konstruiert wird. Die Kombination rassistischer Ausgrenzung und systematischer Entrechtung mit prekärsten Ausbeutungsbedingungen muss als neue globale Apartheid bezeichnet werden, gegen die sich die weltweit zunehmenden Bewegungen und (Alltags-) Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen richten. MigrantInnen unterlaufen die Grenzregimes, schlagen sich notfalls als Illegalisierte durch, und sorgen über ihre immens gewachsenen Remisen, also die Rücküberweisungen in ihre Herkunftsorte, für eine Umverteilung des Reichtums von Nord nach Süd. So verstanden steht migrantische Bewegung für eine Globalisierung von unten.

Am Sonntag, 20. November werden wir als Delegation der Noborder-Konferenz, darunter AktivistInnen aus Mali, von 16 bis 18 Uhr zum Protestcamp von Occupy Frankfurt gehen, um in einem gemeinsamen Workshop die Frage nach Verbindungslinien zwischen Noborder und Occupy zu stellen.

Mehr Informationen und Programm zur Antirassistischen Konferenz: <http://conference.w2eu.net>

II. HINTERGRUNDTEXTE

Im folgenden bieten wir ein paar weiterführende Texte, die einige Projekte und Kampagnen des kommenden Jahres noch etwas ausführlicher beschreiben bzw. kommentieren. Die Auswahl erfolgte danach, was kurzfristig verfügbar war und stellt daher nur einen kleinen Ausschnitt dar.

JOG und der Kampf ums Bleiberecht: Bilanz und Ausblick

In Deutschland leben immer noch knapp 90.000 geduldete Flüchtlinge, davon 53.000 seit mehr als sechs Jahren, und einige hunderttausend Menschen ohne jeglichen Aufenthaltsstatus mit ständiger Angst vor der Abschiebung. Am Ende des Jahres droht zudem bis zu 15.000 vorläufig Bleibeberechtigten, obwohl sie schon mehr als zehn Jahre in Deutschland leben, der Rückfall in die Duldung und damit die Abschiebung. Sie hatten im Jahr 2007 ein Bleiberecht erhalten, konnten aber bisher ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig sichern. Betroffen sind vor allem vor allem Familien mit vielen Kindern sowie alte und kranke Menschen. 2009 konnte noch verhindert werden, dass sie in die Duldung zurückfallen: 5000 Menschen gingen damals anlässlich der Bremer Innenministerkonferenz (IMK) auf die Straße - die Frist zur Lebensunterhaltssicherung wurde um zwei Jahre verlängert. Ob die diesjährigen Proteste wieder erfolgreich sein werden, ist jedoch mehr als unsicher. Die größte Hoffnung liegt dabei auf den Betroffenen selbst. Seit 2005 erzeugen vor allem die regelmäßigen Proteste von jungen Flüchtlingen bei den IMKs mächtig Druck: Zwei Begnadigungsregelungen für Langzeitgeduldete wurden in den Jahren 2006 und 2007 erlassen, die so genannten Altfallregelungen. 60.000 Menschen, die abgeschoben werden sollten, erhielten ein Bleiberecht. In 2010 befürworteten die Innenminister ein spezielles Bleiberecht für 15 bis 21 Jährige Langzeitgeduldete. Die Besonderheit: Waren die vorherigen Regelungen stichtagsabhängig und daher nur einmalig wirksam, ist mit dem §25a AufenthG eine dauerhaft wirksame rollierende Regelung geschaffen worden.

Eine solche Regelung auch über die Jugendlichen hinaus ist derzeit in der Diskussion. 2010 ließ Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU Fraktion Peter Altmaier, erstmals Chancen auf eine dauerhafte Bleiberechtsregelung durchblicken. Der ehemalige Staatssekretär im Innenministerium verwies dabei ausdrücklich auf Gespräche mit Jugendlichen Flüchtlingen die er geführt hatte. Schleswig-Holstein als CDU geführtes Bundesland wird voraussichtlich noch in 2011 eine dementsprechende Bundesratsinitiative starten. Auf der Innenministerkonferenz wird über das Thema beraten werden und eventuell werden dort bereits die Eckpunkte einer Neuregelung ausgehandelt. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass ein rollierendes Bleiberecht ohne Altersbeschränkungen zeitnah geschaffen wird, zumal FDP, SPD, LINKE und Grüne sich bereits als Fraktionen dafür aussprachen. Viele Personen werden jedoch davon ausgeschlossen sein. Zum einen sind bei einer Federführung der Union Mindestaufenthaltszeiten von fünf bis acht Jahren zu erwarten und es ist zu befürchten, dass Straftaten von insgesamt über 50 Tagessätzen, die Verhinderung der eigenen Abschiebung, mangelnde Deutschkenntnisse, eine negative Integrationsprognose und fehlende Lebensunterhaltssicherung Ausschlussgründe darstellen werden. Es bleibt damit dabei, dass eine Abschaffung der Kettenduldungen nicht in Sicht ist. Nur wer wirtschaftlich verwertbar ist, lange in Deutschland ist und in der Lotterie der ausländerbehördlichen Ermessensentscheidungen eine Portion Glück hat, wird profitieren können. Trotz alledem würden zahlreiche Abschiebungen verhindert und zehntausenden Menschen eine Perspektive gegeben werden. Unter rot-grün war eine solche Regelung nicht einmal denkbar: Der damalige Innenminister Otto Schilly (SPD) bekam regelmäßig Wutausbrüche, wenn das Thema nur angesprochen wurde.

Ohne breit angelegte Proteste für ein Bleiberecht besteht jedoch die Gefahr, dass eine Neuregelung verschleppt oder durch restriktive Ausschlussgründe ausgehebelt wird. Auch im Hinblick auf die Wahlen 2013 und den drohenden Rückfall tausender Probe-Bleibeberechtigter in die Duldung am Jahresende, sind die Bleiberechtsproteste so bedeutend wie seit Jahren nicht mehr. Entscheidend wird hierbei sein, inwieweit es der antirassistischen Bewegung gelingt, die Betroffenen selbst in ihren Kämpfen zu unterstützen. Dies zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Viele Akteure von Pro Asyl sowie Kirchen über antirassistische Gruppen bis hin zu den unzähligen lokalen Initiativen, die sich gegen die Abschiebung ihrer MitschülerInnen und NachbarInnen einsetzten, haben den langsamen Sinneswandel und die Bleiberechtsregelungen gemeinsam erkämpft. Sicherlich auch begünstigt durch den Diskurs um den aktuellen Fachkräftemangel und den absehbaren Arbeitskräftemangel.

Ein Akteur hätte jedoch mit absoluter Sicherheit nicht fehlen dürfen: Die Jugendlichen Ohne Grenzen – eine Initiative junger Flüchtlinge. Das dies so ist, ist relativ leicht zu verstehen. Die politischen Aussagen antirassistischer Initiativen interessiert die bundesdeutsche Öffentlichkeit wenig, empörende persönliche Schicksale und der Konflikt zwischen Betroffenen und Entscheidungsträgern dagegen schon. Rede ich als Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrates mit Politikern und Pressevertretern, ist es für viele ein Leichtes, auf Durchzug zu schalten und „den Weltverbesserer mal von offenen Grenzen träumen zu lassen“. Erzählt ein Jugendlicher, der seit zehn Jahren in Deutschland lebt, dass er abgeschoben werden soll, ist das ein Skandal. Hier funktioniert der dominante „Ausländerdiskurs“ nicht mehr, der

zwischen guten und schlechten Ausländern differenziert. Die gängigen Kriterien (Sprachkenntnisse, Straftaten, Arbeit, Ausbildung und Aussehen) greifen nicht mehr, da junge Menschen auftauchen, die der Öffentlichkeit mitteilen: Ich spreche Deutsch, ich kleide mich wie ihr, ich mache meine Ausbildung und ihr wollt mich abschieben? Hier wird die Differenz zwischen dem rechtlichem Status geduldeter Menschen und den Kriterien des Ausländerdiskurses im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar.

Schaut man sich den Erfolg von Jugendliche Ohne Grenzen an, könnte man meinen, dass PR-Strategen der großen Flüchtlingslobbyorganisationen das Ganze am Reißbrett entworfen und mit viel Geld umgesetzt hätten, so gut funktioniert die Beeinflussung medialer Diskurse durch die Jugendlichen. Wenn JOG auftritt, berichtet nicht die Lokalzeitung über engagierte Jugendliche, sondern die Tagesschau und der Politikteil der Zeit. Doch die großen Organisationen unterstützen JOG nur minimal. Die Vorbereitung übernehmen die Jugendlichen, ein kleiner Haufen von AktivistInnen sowie einzelne Leute aus Beratungsstellen. PR-Strategen großer Organisationen sucht man vergeblich, stattdessen findet man Menschen, die ein Ideal teilen: Es soll nicht für Flüchtlinge geredet werden, sondern sie selber sollen ihre Stimme erheben. Dies sind die Ideale anarchistischer Antira-Gruppen und nicht die Ideale großer Lobbyorganisationen.

Mir persönlich ist es unverständlich, warum bisher viele Organisationen, aber auch antirassistische Initiativen, die jeden Tag sehen, wie die derzeitige Asylpolitik Flüchtlinge psychisch kaputt macht, abschiebt und in Perspektivlosigkeit und Armut gefangen hält, die Selbstorganisation von Flüchtlingen als politisches Instrument so wenig fördern. Selbstorganisation zu fördern kostet natürlich Zeit und Geld – beides ist jedoch gut investiert, wenn wir uns die Erfolge der „Jugendlichen Ohne Grenzen“ anschauen.

Autor: Tobias Klaus - Bayerischer Flüchtlingsrat



Zur Kampagne Break Isolation in Thüringen

Die seit einem Jahr laufende Break Isolation! - Kampagne gegen die Isolation der Flüchtlinge durch Lager, Residenzpflicht und strukturellen Rassismus in weiten Teilen von Gesellschaft und Medienöffentlichkeit, hat am Samstag, 22.10., mit einem Aktionstag in Erfurt ihren vorläufigen Höhepunkt erlebt. Mittelpunkt der Kampagne, die maßgeblich durch das Flüchtlingsnetzwerk von The VOICE Refugee Forum und durch das Unterstützer_innen-Netzwerk Break Isolation! getragen wird, ist die Stärkung selbstorganisierter Flüchtlingsstrukturen, die den lokalen Widerstand gegen alltägliche Schikane und Entrechtung vorantreiben.

Vom Festival in die Provinz

In Folge des Karawane-Festivals 2010 in Jena wurde beschlossen, den in Festivalform gelebten Widerstand wieder verstärkt an die Basis zurückzutragen. Aktivist_innen von The VOICE begannen mit regelmäßigen Besuchen in einigen der isoliertesten Lagern Thüringens. Als im Rahmen der sog. „Woche des ausländischen Mitbürgers“ im September 2010 der damalige Innenminister Huber (CDU) im westthüringischen Bad Salzungen vermeintliche Integrationserfolge abfeiern wollte, wurde eine direkte Intervention seiner Rede durch 30 Flüchtlinge aus dem nahegelegenen Lager Gerstungen der Auftakt zu weiteren Aktionen gegen die Isolation der Flüchtlinge. Über den Winter wurde aufgrund kontinuierlicher Arbeit vermehrt die Presse auf die unwürdigen Lebensbedingungen in den Isolationslagern Gerstungen, Zella-Mehlis und Gangloffsömmern aufmerksam, sodass ein bisschen Bewegung in die lokalen

Flüchtlingsgemeinschaften kam und die Stille der Provinz zu zittern begann. Dabei versuchten jedoch alle üblichen Verdächtigen in Verwaltung, Politik und Medien, das Problem auf hygienische oder bauliche Mängel herunterzubrechen und den politischen Aspekt der Isolation als systematische Schaffung rechtsfreier Räume, in denen Menschen gezielt kaputtgemacht werden und aus denen in aller Ruhe und Rechtswidrigkeit abgeschoben werden kann, unter den Tisch zu kehren. Deshalb wurde verstärkt unter dem Slogan „Break Isolation“ agiert, um Diskussionen über Renovierungen vorwegzugreifen.

The VOICE - die Stimme der Flüchtlinge

Punktuelle Unterstützung für die Belange von Asylsuchenden ist in der Regel gar nicht so schwer zu gewinnen. Es finden sich immer wieder Kirchen, die mittels Pressemitteilungen an christliche Überzeugungen in den Institutionen appellieren. Es finden sich Gruppen, die Kleiderspenden organisieren. Grüne und Linke sind auch schnell dabei mit Anträgen in Kreistagen. Aber dabei machen sich die meisten doch eher zum Teil des Problems, als zum Teil der Lösung. Die paternalistische Mentalität, die aus diesem Verständnis der Unterstützung spricht, verschiebt die Debatte auf eine materielle, humanitäre Ebene und leistet den Behörden Hilfe bei der Entpolitisierung des Themas. Medien sind heilfroh, wenn sie dementsprechende Kommentare von Kirchenvertreter_innen und etablierten Parteien drucken können und fürs gute Gewissen noch einen Flüchtling zitieren, der sein Leiden kurz darstellt. Flüchtlinge, die diesen Staat rassistisch nennen, Flüchtlinge die lieber Freiheit als Brot und Butter wollen, werden gepflegt ignoriert, obwohl sie meist am lautesten sind. Doch die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Medienkampagne mit breiter Unterstützung letztendlich ins Leere läuft, wenn nicht die Mehrheit der Lagerbewohner_innen gut informiert, selbstbewusst und kritisch ist. Dementsprechend reichen symbolische Soliaktionen - in Wort oder Tat – oder andere Formen des konventionellen Aktivismus von außerhalb der Lager nie

aus, um voranzukommen. Langfristig erfolgreich war The VOICE nur da, wo Flüchtlinge selber den Protest definiert haben, ihre Position formuliert haben und wo solidarische Strukturen unterstützend, aber nicht wortergreifend einwirkten.

Lager und Residenzpflicht - Mittel politischer Verfolgung

Wenn ein Flüchtling beginnt, sich zu vernetzen, vielleicht sogar öffentlich aufzutreten, bekommt er dies sofort im Alltag zu spüren. Denn der Alltag wird allumfassend von den Behörden kontrolliert: Bei Krankheit werden Krankenscheine verweigert. Das Taschengeld, was zusätzlich zu den Lebensmittelgutscheinen in bar ausgegeben wird, wird verweigert. Amtliche Briefe, deren pünktliche Beantwortung wichtig ist, werden - teils geöffnet- zu spät weitergegeben. Arbeitserlaubnisse werden verweigert oder entzogen. Gelder für Busfahrten zu Ausbildungsorten verweigert. Gerichtsprozesse verschleppt. Abschiebungen forciert. All das bringt das Leben im Lager, unter voller Kontrolle der Ausländerbehörde und ihrer Mitarbeiter_innen mit sich. Die Residenzpflicht tut ihr übriges hinzu. Sie regelt das unter Strafe gestellte Verlassen des Landkreises, dem ein Flüchtling zugewiesen ist. Offiziell darf nur mit einer Genehmigung, „Urlaubsschein“, der Landkreis verlassen werden. Urlaubsscheine werden jedoch in der Regel nur für Gerichts- und Anwaltstermine gegeben, sonst für nichts. Schon gar nicht für politische Veranstaltungen. Damit steht jeder Besuch einer Demo, eines Vernetzungstreffens etc. unter Strafe. In den meisten Bundesländern führt die Residenzpflicht deshalb zu rassistischen Rasterfahndungen an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen, in deren Rahmen Bundespolizist_innen gezielt Menschen kontrollieren, denen der Status „Asylsuchende_r“ bloß aufgrund ihres Äußeren unterstellt wird.

Widerstand 2011

Wie vielerorts bleibt auch Thüringen angesichts dieser andauernden Zustände nicht still. Flüchtlinge brechen offensiv die Residenzpflicht und verweigern sich Strafzahlungen. Flüchtlinge sprechen legen auf Kundgebungen die Misshandlungen offen, obwohl sie dafür meist mit Drohungen und Beschimpfungen beim nächsten Behördengang versehen werden. Wie ernst und nötig dieser Widerstand ist, zeigen die vielen Erfahrungen der Flüchtlinge selber, zeigen brutale nächtliche Abschiebungen und Todesfälle.

Im März gab es eine Kundgebung vorm Lager Zella-Mehlis und eine Demo für die Schließung dieses Lagers in Meiningen. Es gab im April eine bundesweite Flüchtlingskonferenz in Jena und einen Aktionstag in Zella-Mehlis, während dem Flüchtlingsaktivist_innen aus allen Ecken der BRD die dortige Flüchtlingsgemeinschaft besuchte. Im Juni gab es eine Kundgebung in Erfurt, im August eine Demo in Heiligenstadt und eine Kundgebung in Jena. Nebenher gab es in allen Regionen Thüringens Vernetzungstreffen der Flüchtlinge untereinander und eine Sammlung von Dokumentationsmaterialien und Berichten, die meist im Netz und in den Medien landeten.

Und am Samstag, dem 22.10.2011, fand in Erfurt eine Dauerkundgebung statt, mit Ausstellung, Musik und Redebeiträgen und einer Demo. Beteiligt waren Flüchtlinge aus ganz Thüringen, Flüchtlingsaktivist_innen aus Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg, außerdem anti-rassistische und antifaschistische Gruppen sowie viele weitere Einzelpersonen.

Unterstützt den Widerstand der Flüchtlinge gegen die rassistische Isolation- Schließt alle Lager und weg mit der Residenzpflicht!
Solidarisch gegen staatliche Ausgrenzung und Diskriminierung!
Mail: thevoiceforum@gmx.de , <http://www.thevoiceforum.org>

Priorität: Selbstorganisation und Solidarität

Das Konzept der Arbeit von The VOICE, aktuell bestärkt durch das Break Isolation – Bündnis gestaltet sich folgend: Die punktuellen Proteste gegen Facetten des rassistischen Asylbewerberleistungsgesetzes zu unterstützen, zusammenzuführen und soweit zu vernetzen, dass die beteiligten AktivistInnen auf lange Sicht selbstständig gegen die herrschenden Verhältnisse aufbegehren.

Die Überzeugung ist, dass die vielen verschiedenen karitativen Organisationen (u.a. Caritas, Diakonie etc.) oder Lobbygruppen (Flüchtlingsrat, Pro Asyl etc.) zwar punktuell helfen oder informieren, ein nachhaltiger (legaler und gesellschaftlicher) Wandel aber nur durch die Flüchtlinge selbst erkämpft werden kann. Denn zum einen können nur die von den ausgrenzenden Gesetzesmaßnahmen selber Betroffenen authentisch darüber sprechen und informieren. Und zum anderen können viele wohlgemeinte Reformen durchgesetzt werden – die Erfahrung zeigt, dass die Gesetze nur dort etwas gelten, wo Flüchtlinge sie kennen, beziehungsweise ihre Rechte und Freiheit erkämpfen.

Essentiell ist der dauerhafte Austausch von Flüchtlingsgemeinschaften in den dezentralisierten Lagern (insgesamt 24 in Thüringen) mit dem The VOICE – Netzwerk und die Vernetzung mit lokalen UnterstützerInnengruppen. Bisher wurde dies durch Besuche in den Lagern und durch Vernetzungskonferenzen in Jena gewährleistet. In regelmäßigen Abständen entwickelten sich daraus Kampagnen, die mit vermehrten Medienberichten ihren Lauf nahmen und durch kleine oder größere öffentliche Aktionen den Druck auf die Behörden und PolitikerInnen aufbauten sowie die isolierte Position der Flüchtlinge in der öffentlichen Wahrnehmung durchbrachen.

Erst dort, wo die Basis für einen Austausch der Flüchtlinge untereinander und daraufhin auch mit weiteren lokalen Basisinitiativen geschaffen wird, kann eine Solidarisierung der Mehrheitsgesellschaft mit Flüchtlingen erreicht werden. Wo die Isolation undurchbrochen bleibt, bleibt auch die Erkenntnis aus, dass die auf Flüchtlinge angewendeten Ausgrenzungsmechanismen nur die zugespitzte Form der generellen Teilung der Gesellschaft gemäß der Eigentums- und Beschäftigungsverhältnisse ist. Dass auch abseits von Flüchtlingslagern die staatliche Kontrolle des Privatlebens einkommensschwacher Bevölkerungsteile, die wachsende Beschneidung der Selbstbestimmung in Hinblick auf Wohnort und -form oder die Versachlichung der Sozialleistungen („Bildungspaket“ = Gutscheinsystem) zunimmt, ist eine Tatsache, deren Betonung in der Bündnisarbeit höhere Bedeutung zugemessen werden sollte.

Angesichts der aktuell noch prägnanten Unterschiede, was die Ausgrenzung und Unterdrückung angeht, soll jedoch eine Solidarisierung zuallererst die Bestärkung des Flüchtlingsaktivismus im Fokus haben.

Weitere Informationen

<http://breakisolation.blogspot.de/>

Frontex forciert Sammelabschiebungen Wachsender Widerstand gegen die Charter der Schande

aus: Contraste. Monatszeitschrift für Selbstorganisation Dezember 2011

Düsseldorf am 12.4.11: Rund 100 AktivistInnen protestieren lautstark im Flughafenterminal gegen eine Sammelabschiebung von Roma in den Kosovo.

Brüssel am 28.4.11: AktivistInnen ketten sich am Eingang eines Abschiebegefängnisses an, um den geplanten Abtransport zu einer Charterabschiebung nach Nigeria und in den Kongo zu verhindern.

London am 21.6.11: Eine geplante Charterabschiebung in den Irak wird abgebrochen, u. a. weil AktivistInnen die Eingänge von zwei Abschiebeknästen blockieren.

Oslo am 21.8.11: Einem Abschiebecharter wird in Kinshasa die Landeerlaubnis verweigert, die Betroffenen müssen nach Norwegen zurückgefliegen werden...

Auch die Charter der Schande laufen nicht immer perfekt, Widerstand lohnt sich und transnationaler Austausch und Kooperation werden zunehmend wichtiger im Kampf gegen ein europaweit organisiertes Abschieberegime.

„Stop Deportation Class“ startete im Jahr 2000 als Anti-Abschiebungskampagne des kein mensch ist illegal Netzwerks und kann als gleichermaßen erfolgreich und nachhaltig bilanziert werden. Bis heute werden an deutschen Flughäfen immer wieder Abschiebungen in Linienmaschinen abgebrochen, wenn sich die Betroffenen erkennbar wehren, zumal wenn mitreisende Passagiere oder UnterstützerInnen ebenfalls protestieren. Die Einführung von Sammel- oder Charterabschiebungen muss als unmittelbare Reaktion nicht zuletzt auf diesen Widerstand gesehen werden, wie das folgende Zitat aus einer Ausschreibung des Bundesinnenministeriums vom Sommer 2010 erneut bestätigt: „Auf Chartermaschinen werden Personen rückgeführt, die voraussichtlich körperlichen Widerstand gegen ihre Rückführung leisten und daher nicht mit Linienflügen zurückgeführt werden können und deren Anzahl den Einsatz eines gecharterten Luftfahrzeugs rechtfertigt. Diese Flüge werden immer von Polizeivollzugsbeamten der Bun-

despolizei und gegebenenfalls durch Sicherheitskräfte anderer EU-Staaten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des Luftverkehrs begleitet. Die Flugziele sind europäische, afrikanische und asiatische Staaten.“ Was hier kurz in technisch-organisatorischer Sprache abgehandelt wird, ist häufig ein Akt brutalster rassistischer Staatsgewalt. Unter Ausschluss aller Öffentlichkeit werden zwischen 10 und 100 Menschen, die zuvor frühmorgens festgenommen wurden oder schon in Abschiebehäft saßen, an einem Flughafen zusammengekartet. Sie werden in Handschellen oder nicht selten sogar mit Fußfesseln sowie unter Anwendung aller „notwendigen“ Zwangsmittel an Bord gebracht, eine Übermacht an Begleitpolizei sorgt – wie zitiert - für „Sicherheit und Ordnung“. In der Regel ist ein kollaborierender Arzt dabei, der letzte Reisefähigkeitsbescheinigungen ausstellt und für den Fall mitfliegt, dass eine Person im Flugzeug zusammenbricht oder sich selbst verletzt. Mit dieser „ärztlichen Betreuung“ soll sogar die Abschiebung kranker Menschen legitimiert werden. Deutschland hatte – wie so oft – eine Vorreiterrolle, bereits 2004 begannen die Behörden in Hamburg mit Sammelabschiebungen.

Frontex beteiligt sich seit 2006 koordinierend und finanziell an den sogenannten „Joint Return Operations“ (gemeinsame Rückführungs-Operationen). Ein EU-Land übernimmt die Initiative, von dort startet das Flugzeug und sammelt auf weiteren Flughäfen die abzuschiebenden „Deportees“ ein. Wie die Betroffenen regelrecht in die Flugzeuge gepöckelt und dann – in diesem Falle in Lagos – am dortigen Frachtflughafen (!) auf einer Landebahn ausgesetzt werden, hatte ein „freiwillig“ Mitfliegender bei einer Sammelabschiebung von London über Dublin und Madrid im Februar 2010 dokumentiert (1). In anderen Fällen werden die Betroffenen aus den jeweiligen EU-Ländern an einem Flughafen zusammengebracht, um sie dann als Gruppe abzuschieben.

Die Zahl der Frontex unterstützten Charterabschiebungen stieg von 428 Personen (in 12 Flügen) im Jahr 2007 auf 801 (in 15 Flügen) für 2008. 2009 steigerte sich die Zahl auf 1622 Personen (in 32 Flügen) und 2010 weiter auf ca. 2000 Abgeschobene (in über 35 Flügen). Das entsprechende Frontex-Budget wurde in den letzten beiden Jahren massiv erhöht, von 5,25 Mio € in 2009 auf 9,34 Mio € in 2010 und mindestens dieselbe Summe ist für 2011 einkalkuliert. Mit diesem Etat übernimmt Frontex die Kosten der Sammelabschiebungen zu 100 %, die nationalen Behörden werden insofern auch finanziell ermutigt mitzuwirken bzw. selbst initiativ zu werden, um „ihre unerwünschten Flüchtlinge und MigrantInnen“ loszuwerden.

Dass Frontex bereits im Vorfeld der unmittelbaren Abschiebungen mitwirkt, macht das Projekt „Attica“ aus 2009 in Griechenland exemplarisch deutlich. „Return Capacity Building“ (Aufbau von Kapazitäten zur Rückführung) lautete der Titel und „das Ziel dieses Projekts war, Unterstützung zu leisten bei der Identifizierung, Beschaffung von Reisedokumenten und Rückführung von Drittstaatsangehörigen mit illegalem Aufenthalt in ihre Heimatländer“. Das Pilotprojekt lief drei Monate lang, in dieser Zeit wurde ein Rückführungs-Koordinationszentrum eingerichtet, das u.a. eine Kooperation mit den Botschaften Nigerias und Georgiens aufgebaut hat, damit Griechenland sich anschließend an Sammelabschiebungen in diese Länder beteiligen konnte.

Im Rahmen einer EU-Verordnung von 2011 wurden die Kompetenzen von Frontex erneut ausgeweitet, u.a. zur Anschaffung eigener Ausrüstung. Ganz oben auf der Wunschliste steht nun der Kauf eines eigenen Frontex-Flugzeugs für jederzeit durchführbare Charterabschiebungen!

Die Mehrzahl der Flüge ging bislang in afrikanische Länder, insbesondere nach Nigeria. Offensichtlich erscheint den europäischen Behörden die Abschreckung mittels brutalster Abschiebegewalt gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen aus diesem bevölkerungsreichen afrikanischen Land besonders wichtig (siehe dazu das Interview mit The Voice). Neben der DR. Kongo, Togo, Gambia und Kamerun sind Albanien, Armenien, Georgien, aber auch Irak, Afghanistan und Vietnam die Ziele bisheriger Frontex-Charter gewesen.

Aus Deutschland wurden Sammelabschiebungen in den vergangenen Jahren vor allem ins ehemalige Jugoslawien durchgeführt. Regelmäßig einmal im Monat startete auch 2011 zumindest ein Flieger entweder aus Baden-Baden, aus Stuttgart oder zumeist aus Düsseldorf in Richtung Kosovo oder Serbien. An Bord dieser Frontex-finanzierten Maschinen, die zumeist von Air Berlin gechartert wurden, befinden sich zwischen 20 und 30 Abzuschiebenden. In der Mehrzahl sind es Roma-Familien, deren Widerstand offensichtlich mit der vermeintlichen Unabwendbarkeit der Sammelabschiebungen gebrochen werden soll.

Vor diesem Hintergrund wird aktuell in der antirassistischen Bewegung ein Vorschlag diskutiert, der die Charter der Schande im kommenden Jahr mittels einer größeren Mobilisierung zumindest skandalisieren und im besten Fall auch stören soll: ein Nobordercamp für den Sommer 2012 in der Nähe des Düsseldorfer Flughafens.

(1) <http://frontexplode.eu/2010/03/23/deported-in-a-frontex-charter-a-migrant-story/>

Kampfprogramm gegen Nigeria - Interview mit Rex Osa von The Voice Forum, Stuttgart

aus: *Contraste*. Monatszeitschrift für Selbstorganisation Dezember 2011

Was ist der Hintergrund für Euren Vorschlag einer transnationalen Kampagne gegen die Frontex-Charter-Abschiebungen nach Nigeria?

R.O.: Die Charter quer durch Europa nach Nigeria machen den weitaus größten Teil aller Frontex-koordinierten Abschiebungen aus. Diese stets brutaler ablaufenden Abschiebungen erfordern dringend eine internationale Skandalisierung der Rolle von Frontex am Beispiel von Nigeria. Eine transnationale Kampagne ist notwendig, um die ganze Komplizenschaft aufzudecken und auf globaler Ebene mehr Bewußtsein über diese Misshandlungen zu erzeugen.

Wie soll die Kampagne genauer aussehen, hier in Deutschland, in Europa wie auch in Nigeria?

R.O.: Zum einen geht es um Information und Austausch darüber, wie die Opfer selbst gegen ihre Abschiebungen vorgehen und diese stoppen können. Die migrantischen Communities sollen ermutigt werden, die Abschiebungen als eine neue Form der Apartheid zu begreifen. Ihre Beteiligung in der Anti-Abschiebungskampagne kann dazu beitragen, sowohl in den Herkunftsländern wie auch hier in Europa zu mobilisieren. Hier geht es u.a. um Aktionen an den nigerianischen Botschaften, die mit den Abschiebebehörden kollaborieren. In Nigeria können von Abschiebung Betroffene mit Berichten über ihre Erfahrungen Öffentlichkeit schaffen. Ein zentrales Ziel einer öffentlichen Kampagne in Nigeria besteht darin, dass die Rückübernahmeabkommen mit der EU aufgekündigt werden.

Warum richten sich die Frontex-Abschiebungen in erster Linie gegen MigrantInnen aus Nigeria? Was denkst Du dazu?

R.O.: Die Abschiebebehörden haben es recht einfach, weil sich in den nigerianischen Botschaften ein korruptes Abschiebebusiness etabliert hat: Identifizierung und Ausstellung der Reisepapiere gegen Geldzahlungen. Darüber hinaus erscheint der Fokus auf Nigeria als Abschreckungsstrategie gegen die BewohnerInnen eines Landes mit der größten Bevölkerung in Afrika. Die Einkommensverteilung dort ist absolut ungerecht, es finden sich „kleine Inseln des Reichtums in einem Meer der Armut“. Als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge denunziert sollen Flüchtlinge und MigrantInnen aus Nigeria offensichtlich mit allen Mitteln aus der EU abgeschoben werden.

The Voice Baden Württemberg
Böblingerstr 105
70199 Stuttgart
Tel.: 017627873832
Email: thevoice_bdw@yahoo.de
www.thevoiceforum.org

Dublin II* muss weg! Das innereuropäische Grenzregime stößt auf immer stärkeren Widerstand

Bei der „No Border lasts Forever“-Konferenz im Dezember vergangenen Jahres deutete es sich schon an und am 13 Januar 2011 war es soweit: das Bundesinnenministerium musste die Dublin-Abschiebungen nach Griechenland für ein (erstes) Jahr aussetzen. Immer mehr europäische Länder folgten, eine erster Damm im innereuropäischen Grenzregime war gebrochen. Die Dublin II-Regelung war damit zum ersten Mal seit bestehen wirklich empfindlich getroffen.

Zur Erinnerung: die Abschiebungen nach Griechenland waren vor allem wegen der menschenrechtswidrigen Haftbedingungen und wegen des nicht vorhandenen Zugangs zum Asylverfahren immer stärker von verschiedenen Seiten in die Kritik geraten. Letztlich de facto gestoppt wurden sie nach einem bahnbrechenden Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR), der in einem Präzedenzfall („M.S.S.“) nicht nur Griechenland wegen menschenrechtswidriger Haftbedingungen verurteilte, denen der Kläger ausgesetzt war, sondern auch Belgien (von dort war er abgeschoben worden), weil Belgien sich hätte vorher vergewissern müssen, dass dies nicht geschieht.

Dass es soweit kam, daran haben viele Beteiligte eine Rolle gespielt: verschiedene NGOs (hierzulande vor allem Pro Asyl), die bereits jahrelang die Flüchtlingssituation in Griechenland als „humanitäre Katastrophe“ skandalisierten, unzählige Dokumentationen einzelner Fälle, AnwältInnen (zum Zeitpunkt der M.S.S.-Entscheidung waren Hunderte

von griechischen Dublin-Fällen allein vor dem EGMR anhängig, zudem gab es in Deutschland über ein Dutzend gestoppte Abschiebungen durch das Bundesverfassungsgericht), das Nobordercamp auf Lesbos im Sommer 2009 und die damit verbundene Dokumentation der Hungerstreiks und Kämpfe gegen das Internierungslager Pagani. Die Hauptrolle spielten jedoch diejenigen, die mit dem Mut der Verzweiflung immer wieder auf's neue losgingen. Als wir im Sommer 2010 in Athen mit Abgeschobenen sprachen, mußten wir nicht lange suchen: an jedem Platz, an dem sich obdachlose Flüchtlinge aufhielten, fanden sich Abgeschobene aus allen europäischen Ländern. Manche hatten bereits 3-4-5 Abschiebungen hinter sich und gingen immer wieder auf's neue los. Gegen die Abschiebungen nach Griechenland dokumentierten sie die dortigen Erlebnisse selbst und gaben sie zu Protokoll, sie klagten gegen ihre Rückschiebungen vor Gericht, manche gingen in Hungerstreik, es kam zu Wellen von teils massiven Selbstverletzungen, um der Abschiebung zu entgehen. Und die Flüchtlinge rannten immer und immer wieder an gegen Dublin II, indem sie sich wieder auf den Weg machten.

Unter dem Eindruck, dass sich mit dem Stopp der Griechenland-Abschiebungen das komplette Dublin-II-System als angreifbar entpuppen würde, war dies zunächst das Etappenziel einer Kampagne gegen Dublin II, auf die sich das Netzwerk Welcome to Europe eingeschworen hatte. Bei der letztjährigen Konferenz hat sich bereits angedeutet, dass diese Etappe zu schaffen sein würde und so gab es eine erneute Verschwörung: die Rückschiebungen in vier weitere Länder zu erschweren und schließlich zu stoppen, nämlich Italien, Polen, Ungarn und Malta. Und damit ein Land nach dem anderen auszukegeln – bis irgendwann die Zielländer wieder erreichbar wären, bzw. Dublin II als Instrument komplett auf dem Müllhaufen der Geschichte landen würde.

In diesem ersten Jahr nach dem Griechenland-Abschiebestopp ist es zwar noch nicht gelungen, generelle Abschiebungstopps in andere Länder zu erzwingen. Die Maschinerie ist jedoch durchaus ins Stottern geraten: zumindest zu Italien gibt es inzwischen reihenweise Gerichtsurteile, in Einzelfällen gelingt es de facto Selbsteintritte durch Fristverstreichung zu erreichen. Und es gibt neben dem starken Widerstand der Flüchtlinge auch immer mehr europäische Unterstützungsstrukturen:

- Mit dem Webguide w2eu.info ist ein Projekt gestartet, das darauf abzielt, möglichst breiten Zugang zu diesen Strukturen zu ermöglichen und nützliche Informationen für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die noch auf der Reise nach und durch Europa sind.
- Nach Italien, Malta und Ungarn hat es verschiedene aktivistische Delegations- und Recherchereisen gegeben, die die Situation der Flüchtlinge dort dokumentiert haben. Neu dabei war vor allem die Herangehensweise: ausnahmslos wurde mehr mit Flüchtlingen als mit Organisationen gesprochen und die Situation dadurch sehr plastisch und detailliert dokumentiert.
- Es hat dabei unzählige beeindruckende Einzel- und Gruppeninterviews gegeben, in denen die ganze Absurdität von Dublin II deutlich wird.
- Vor allem bei Abschiebungen nach Malta gab es erfolgreiche Fälle von Abschiebeverhinderungen, auf den letzten Drücker, wenn die Betroffenen bereits in Abschiebehaf genommen und auf dem Weg ins Flugzeug waren – mit der Wirkung, dass bei Ablauf der Überstellungsfrist dann auch ein richtiger Erfolg da war, denn dann muß das Verfahren hier durchgeführt werden.
- Es gab verschiedene Fälle von Kirchenasyl in Dublin-Fällen, ebenfalls bis Fristende; vorsichtig lässt sich erahnen, dass sich hier in Sachen Kirchenasyl belebende neue Perspektiven entwickeln, denn es gibt - vor allem wenn das Ende der Frist nahe ist - eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit.
- Mit dem Workshop „Fingers in Hungary“ gibt es bei dieser Konferenz (wohl zum ersten Mal in Deutschland) das Phänomen, dass von Dublin II-Abschiebung Bedrohte beginnen, sich öffentlich zu vernetzen und zu organisieren. Dublin II-Überstellungen sind Abschiebungen (und inzwischen gibt es übrigens z. B. vom Frankfurter Flughafen aus nahezu genauso viele innereuropäische Abschiebungen wie Abschiebungen in die Herkunftsländer). Abschiebedrohungen lassen die Menschen nicht ruhig schlafen und die Gedanken in diesem „versteckten Gefängnis Dublin“ (so haben es eriträische Flüchtlinge in einem Interview genannt) kreisen oftmals verzweifelt. Und selbst die Zuhörenden packt diese Verzweiflung dann manchmal. Wir sind dennoch überzeugt: es lohnt sich immer wieder zuzuhören. Denn das Teilen der Momente von Verzweiflung schafft die Grundlage geteilter Wut, mit der wir die Dublin II-Verordnung auf den Müllhaufen der Geschichte fegen können.

Unerwähnt bleibt an dieser Stelle das aus den Reisen und direkten Kontakten entstandene soziale Netz von Athen bis Oslo, von Ushgorod bis Stockholm, von Istanbul bis Paris, Malta bis Hamburg oder Oujda bis London, in dem sich manchmal erahnen lässt, dass Europa auch etwas ganz anderes sein könnte, ein neu zu erfindender Ort. Diese Geschichte wird noch zu schreiben sein.

Boats 4 People

Schiffe der Solidarität gegen das Sterben von Flüchtlingen und MigrantInnen im Mittelmeer

Die Liste der ertrunkenen oder verdursteten Boatpeople wurde immer länger im Sommer 2011, die Situation ist und bleibt unerträglich. Vor diesem Hintergrund fordern antirassistische Netzwerke ein direktes Handeln, um dem tödlichen EU-Grenzregime Einhalt zu gebieten. Mit „Schiffe der Solidarität - das Sterben in Mittelmeer stoppen“ ist seit einigen Monaten (1) ein transnationales Projekt in Planung, mit dem Flüchtlinge und MigrantInnen auf ihrem Weg nach Europa durch unmittelbares Eingreifen vor Ort unterstützt werden sollen. Im April 2012 werden mehrere kleine Schiffe von Italien aus in See stechen, in entgegengesetzter Richtung zu den Fluchtrouten der Boatpeople: voraussichtlich von Rom über Sizilien und Lampedusa bis zu verschiedenen Häfen in Tunesien. Das Projekt wird zeitgleich zum maghrebinischen Sozialforum in Tunis stattfinden und zielt auf eine mediterrane Vernetzung, die ein dauerhaftes Monitoring zwischen der nordafrikanischen Küste und den südeuropäischen Inseln in Gang bringen will. Die skandalösen Vorgänge auf dem Meer sollen dokumentiert und öffentlichkeitswirksam angeklagt werden. Es geht um die Rechte der Harragas wie der TransitmigrantInnen (2). Es soll alles dafür getan werden, dass Schiffbrüchige gerettet werden.

Über 2000 Menschen sind seit Beginn 2011 in dieser Region des Mittelmeeres ums Leben gekommen und Tausende stecken weiterhin in Wüstenlagern wie dem tunesischen Choucha oder in Libyen fest. Sie haben kaum eine andere Hoffnung als den riskanten Versuch zu wagen, in überfüllte und oft seeuntaugliche Boote zu steigen. Menschenrechtsorganisationen und antirassistische Netzwerke haben in den letzten Monaten in vielfachen Appellen die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen gefordert: „Die Stimmen von Choucha stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird“ (3).

An diese Forderungen und Ziele knüpft die Aktion „Schiffe der Solidarität“ an, denn bisher lehnen die europäischen Regierungen die Aufnahme von Flüchtlingen rigoros ab. Vielmehr häufen sich Aussagen von Überlebenden, dass die Rettung von Bootsflüchtlingen bzw. die Aufnahme Geretteter bewusst verweigert und deren Tod als Teil einer Abschreckungsstrategie in Kauf genommen wird. Die EU finanziert Flüge, um subsaharische MigrantInnen aus Tunesien in ihre Herkunftsländer zurück zu schicken, z. B. nach Mali, dessen ökonomische Situation als eines der ärmsten Länder der Welt dadurch weiter destabilisiert wird. Gleichzeitig verstärken die EU-Verantwortlichen den Druck auf die (Übergangs-)Regierungen der nordafrikanischen Länder, ihre Küsten lückenlos zu kontrollieren und mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zusammen zu arbeiten. Bei Nichterfüllen dieser Wachhund-Rolle werden Wirtschaftsabkommen verweigert. Völlig ignoriert wird, dass Tunesien ca. 500.000 Libyenflüchtlinge aufgenommen hatte. Die Revolutionen in Nordafrika können die soziale und ökonomische Situation nicht über Nacht ändern. Aus dem Land selbst machen sich viele Menschen nach Lampedusa auf, um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Doch in Europa werden sie entwürdigend behandelt und so schnell wie möglich abgeschoben.

Aus Frankreich - vom euro-afrikanischen Netzwerk Migreurop - kam der Impuls für diese Initiative, von Paris aus wird das „Boats 4 People“-Projekt auch koordiniert. Auf europäischer Seite wirken zudem Organisationen und Netzwerke aus Italien, Belgien, Holland und Deutschland mit. Aus Nordafrika sind einzelne Gruppen aus Marokko „an Bord“, das größte Interesse kommt allerdings aus Tunesien. Hier ist der revolutionäre Aufbruch bekanntlich noch längst nicht zum Erliegen gekommen. Und die Frage der Bewegungsfreiheit ist ein alltägliches Thema, immer wieder versuchen Harragas ihr Glück und steigen in die Boote gen Europa, auch wenn sie dort angesichts des rigiden Visumregimes fast ausnahmslos Internierung und Rückschiebung erwartet. In dieser Situation stößt Boats4People in Tunis wie auch in den südlichen Hafenstädten Sfax und Zarzis auf viel Interesse und Zustimmung. Menschenrechtsgruppen wie das Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte oder das FSM (Forum social maghrebin), Frauenorganisationen wie die ATFD (Association tunesienne des Femmes Democratres) und nicht zuletzt Angehörige von bei Bootsunglücken Vermissten haben ihre Beteiligung zugesagt.

Die „Schiffe der Solidarität“ benötigen nun eine breite und prominente Unterstützung, von beiden Seiten des Mittelmeeres und darüber hinaus. In Deutschland hat sich ein Vorbereitungskomitee gebildet, dem Aktive aus den antirassistischen Netzwerken Afrique-Europe-Interact und Welcome to Europe sowie der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration und von Borderline Europe angehören (4). Ein erster (Spenden-)Aufruf wurde bereits gestartet, um auch materiell zu diesem wichtigen transnationalen Projekt beizutragen. Schließlich liegt die massgebliche Verantwortung für das Sterben im Mittelmeer bei den „kerneuropäischen“ Regierungen, nicht zuletzt bei der deutschen. Von hier wird seit Jahren die Vorverlagerung der Migrationskontrolle betrieben, von hier wurde mit der Einrichtung und Hochrüstung von Frontex ein regelrechter Krieg gegen Flüchtlinge in Gang gesetzt.

werkprozesse zu verstärken. Den Kontext und die langfristige Perspektive solcher Initiativen hatten obengenannte Netzwerke bereits im März 2011 in der Deklaration „Freiheit statt Frontex“ (5) treffend skizziert: „Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen.“

h., kein mensch ist illegal/Hanau

Anmerkungen:

(1) Zunächst war der Start im Spätherbst 2011 geplant, wegen der Wahlen in Tunesien und dem ab November unberechenbaren Wetter wurde das Projekt auf Frühjahr 2012 verschoben. Jetzt Online unter www.boats4people.org

(2) Harraga ist das in arabischen Ländern benutzte Wort für MigrantInnen, die „die Grenze verbrennen“. Es bezeichnet Menschen, die sich aus Nordafrika auf den Weg machen, in Europa ein besseres Leben zu suchen – auch ohne Visum, das ihnen üblicherweise verweigert wird. TransitmigrantInnen sind Flüchtlinge und MigrantInnen, die aus subsaharischen oder ostafrikanischen Ländern kommend, Nordafrika als Durchgangsstation nutzen.

(3) Aus dem Appell „Voices of Choucha - Fluchtwege freihalten – Flüchtlinge aufnehmen“ vom Juni 2011, siehe www.medico.de/choucha-appell

(4) Regelmäßige deutschsprachige Informationen über folgende Adresse: choucha-appell@antira.info

(5) Diese Deklaration und mehr zum gesamten Themenkomplex auf der dreisprachigen Webseite: www.afrique-europe-interact.net



III. KALENDER

03.12.2011 Wiesbaden, 15h
Bundesweite Demonstration gegen die Innenministerkonferenz (IMK)

07.-09.12.2011 Innenministerkonferenz in Wiesbaden

07.12.2011 Wiesbaden, 17h, Hauptbahnhof
Bundesweite Demonstration „I love Bleiberecht für ALLE!“

08.12.2011 Wiesbaden, 18h, Evang. Dekanat, Schlossplatz 4, Wiesbaden
Gala von Jugendliche ohne Grenzen (JOG), dabei Wahl des Abschiebeministers des Jahres 2011 und Verleihung des Initiativenpreises 2011

09.12.2011 Wiesbaden, 18h
Aufführung des Theaterstücks „Die im Dunkeln“ (Theater Peripherie, Frankfurt/M.)

10.12.2011 Berlin, 15h S-Bhf Spindlersfeld
Demonstration zum Abschiebeknast Grünau
Abschiebehaft auf dem Flughafen BBI verhindern! Abschiebeknast Grünau schließen!

13.-18.02.2012 London
No Borders Convergence, Seminare, Workshops, Action
<http://london.noborders.org.uk/node/544>

01. März 2012
Transnationaler Migrant_innenstreik

April 2012
Boats for people
<http://www.boats4people.org/index.php/de/>

Sommer 2012

Nobordercamp Stockholm (wohl im Juni)
<http://nobordercamp2012.wordpress.com/>

Nobordercamp zum Flughafen Düsseldorf (Ende Juli oder Ende August)

IV. GLOSSAR*

Arabellion: Wortspiel aus Arabien und Rebellion angesichts der Kette von Aufständen in Nordafrika

Crossover: Brücke zwischen zwei Themenschwerpunkten

Dublin II: EU-Verordnung zur Asylverteilung entsprechend der ersten Registrierung (durch Fingerabdruck oder Asylantrag)

Fingers in Hungary: Registrierte Fingerabdrücke, die gemäß der Dublin II-Verordnung zur Rückschiebung nach Ungarn führen

Frontex-Charter: Von der EU-Grenzschutzagentur koordinierte Sammelabschiebung

Heteronormativität: institutionelle und gesellschaftliche Zwänge der Zweigeschlechtlichkeit

IMK: Innenministerkonferenz, zweimal im Jahr in wechselnden Bundesländern, 2011 in Hessen

Landgrabbing: Landaufkauf für Exportinteressen

No Border lasts forever: Ein Titel mit doppelter Bedeutung: Keine Grenze ist für immer & No Border Kämpfe gehen immer weiter

Pecha Kucha: Kurzweilige Vortragsmethode mit jeweils 20 Bildern

Resettlement: Neuansiedlung/Aufnahme von Flüchtlingen

subsaharisch: Länder südlich der Sahara wie z.B. Mali

Troika: Dreigespann von Internationalem Währungsfond, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank

Webguide: Leitfaden im Internet

World Cafes: Moderationsmethode, um in Versammlungen in kleinen Runden zu diskutieren